

Stand: 24.06.2026 07:27:55

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/4380

"Änderungsantrag zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2015/2016 (Drs. 17/2871) - hier: Haushaltspolitik stärker auf Regionen ausrichten"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/4380 vom 17.11.2014
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/4669 des HA vom 04.12.2014
3. Beschluss des Plenums 17/4777 vom 11.12.2014
4. Plenarprotokoll Nr. 34 vom 11.12.2014



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum **Haushaltsgesetz 2015/2016**

(Drs. 17/2871)

hier: Haushaltspolitik stärker auf Regionen ausrichten

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsgesetzes 2015/2016 wird folgende Änderung vorgenommen:

1. Es wird folgender neuer Art. 7 eingefügt:

**„Art. 7
Haushaltswirtschaftliche Sperren
zur stärkeren Förderung der Regionen**

(1) ¹Bei der Staatskanzlei und den Staatsministerien werden in den Kapiteln 02 01, 03 01, 03 61, 04 01, 05 01, 06 01, 07 01, 08 01, 10 01, 12 01, 14 01 und 15 01 bei den Personalausgaben (Hauptgruppe 4) mit Ausnahme des Titel 421 01 sowie bei den Sächlichen Verwaltungsausgaben (Hauptgruppe 5) und den Sonstigen Sachinvestitionen (Hauptgruppe 8) die Gesamtansätze, die betragsmäßig über die des Jahres 2014 hinausgehen, gesperrt. ²Die Verteilung des zu sperrenden Betrags auf einzelne Titel bzw. Stellen obliegt der Entscheidung der jeweiligen obersten Dienstbehörde. ³Der Stellenplan ist entsprechend anzupassen. ⁴Die aufgrund der Sperre bei den obersten Dienstbehörden wegfallenden Stellen sind mit einem „ku-Vermerk“ zu versehen und entsprechend Abs. 2 umzuwandeln.

(2) Die nach Abs. 1 gesperrten Beträge sind ausschließlich außerhalb der obersten Dienstbehörden zur Finanzierung von Stellen der Justiz- oder Finanzverwaltung, von Lehrern oder Polizisten, die auf alle Landesteile zu verteilen sind, zu verwenden.“

2. Die bisherigen Art. 7 bis 16 werden Art. 8 bis 17.

Begründung:

Die bayerischen Regionen müssen starker gefördert werden. Staatsausgaben sind daher an dem Ziel auszurichten, gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern zu realisieren. Das heißt: weg von einer zentralistischen Verwaltung, stattdessen mehr Staatsbedienstete – ob Lehrer, Polizisten, Finanzbeamte oder bei der Justiz – in allen Landesteilen.

Eine teilweise Finanzierung dieser Forderung ist durch Einfrieren der Personal- und Sachausgaben der Staatskanzlei und der Staatsministerien auf dem Niveau von 2014 möglich. Staatskanzlei und Staatsministerien sollen sich wieder mehr auf ihre Kernaufgaben konzentrieren. Dies bedeutet Personal- und Sachkostenabbau in Staatskanzlei bzw. Staatsministerien und Personalaufbau in den Regionen.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und
Finanzfragen

1. Gesetzentwurf der Staatsregierung

Drs. 17/2871

über die Feststellung des Haushaltsplans des
Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2015
und 2016 (Haushaltsgesetz 2015/2016 - HG
2015/2016)

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Josef Zellmeier u.a. CSU

Drs. 17/3710

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum
Haushaltsgesetz 2015/2016
(Drs. 17/2871)

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Kers- tin Schreyer-Stäblein u.a. CSU

Drs. 17/4158

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum
Haushaltsgesetz 2015/2016
(Drs. 17/2871)

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Margare- te Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drs. 17/4259

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum
Haushaltsgesetz 2015/2016
(Drs. 17/2871)

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Volk- mar Halbleib, Stefan Schuster, Horst Arnold u.a. SPD

Drs. 17/4378

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum
Haushaltsgesetz 2015/2016
(Drs. 17/2871)

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Hu- bert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 17/4379

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum
Haushaltsgesetz 2015/2016
(Drs. 17/2871)
hier: Wegfall des Stelleneinzugs nach Art. 6b
HG

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Hu- bert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 17/4380

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum
Haushaltsgesetz 2015/2016
(Drs. 17/2871)
hier: Haushaltspolitik stärker auf Regionen
ausrichten

8. Änderungsantrag der Abgeordneten Hu- bert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 17/4381

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum
Haushaltsgesetz 2015/2016
(Drs. 17/2871)
hier: Übernahme rechtskräftig festgestellter
Schmerzensgeldansprüche

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 17/4382

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2015/2016 (Drs. 17/2871)

hier: Änderung des Bayerischen Reisekostengesetzes

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. Art. 1 Feststellung des Haushaltsplans erhält folgende Fassung:

**"Art 1
Feststellung des Haushaltsplans**

Der diesem Gesetz als **Anlage** beigefügte Haushaltsplan des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2015 und 2016 wird in Einnahmen und Ausgaben

1. für das Haushaltsjahr 2015 auf 51.142.507.400 € und
2. für das Haushaltsjahr 2016 auf 52.452.340.400 € festgestellt."

2. Art. 6 Bewirtschaftung der Personalausgaben, Stellenbesetzung wird wie folgt geändert:

- a) Abs. 8 Satz 3 erhält folgende Fassung:

"³Die Vergabemöglichkeiten gemäß Art. 60 BayBesG erhöhen sich in den Haushaltsjahren 2015 und 2016 um jeweils 38 für den Geschäftsbereich des Staatsministeriums der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat, davon jeweils 18 für das IT-Dienstleistungszentrum, und um jeweils 66 für die Werkfeuerwehr der TU München in Garching im Geschäftsbereich des Staatsministeriums für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst auf insgesamt jeweils 300."

- b) Es wird folgender Abs. 13 angefügt:

"(13) ¹Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, im Einvernehmen mit den betroffenen obersten Dienstbehörden, zur

Deckung des personellen Bedarfs in der Unterbringungsverwaltung der Regierungen, in den Verwaltungsgerichten und in den sonstigen für Asylbewerber zuständigen staatlichen Behörden (Plan-) Stellen, die der Stellenbindung gemäß Abs. 1 Satz 1 unterliegen, umzusetzen und bei Bedarf kostenneutral umzuwandeln. ²Satz 1 gilt entsprechend für Stellen, die nicht der Stellenbindung gemäß Abs. 1 Satz 1 unterliegen, aber für die im Haushaltsplan der Abschluss unbefristeter Beschäftigungsverhältnisse zugelassen ist. ³Die mit den umgesetzten (Plan-) Stellen korrespondierenden Haushaltsmittel sind zusammen mit den (Plan-) Stellen umzusetzen. ⁴Die (Plan-) Stellen können mit einem Vermerk versehen werden, der eine Rückumsetzung und bzw. oder kostenneutrale Rückumwandlung vorsieht."

3. Dem Art. 8 Sonstige Ermächtigungen und Regelungen wird folgender Abs. 8 angefügt:

"(8) Das Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie wird ermächtigt, der Fraunhofer-Gesellschaft zur Förderung der angewandten Forschung e.V. unentgeltlich ein Erbbaurecht von insgesamt ca. 15 100 m² an dem staatseigenen Grundstück Flst Nr. 1000/2 Gemarkung Göggingen (Baufeld 44) für die Ansiedlung von Forschungseinrichtungen einzuräumen."

4. Art. 10 Änderung des Bayerischen Besoldungsgesetzes Nr. 4 erhält folgende Fassung:

„4. Anlage 4 wird wie folgt geändert:

- a) Die Rechtsgrundlage Art. 34 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 erhält folgende Fassung:

Rechtsgrundlage (BayBesG, Bayerische Besoldungsordnungen)	Betrag in Euro, Vomhundertsatz
Art. 34 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3	139,23

”

“

- b) Die Besoldungsgruppe A 6 erhält folgende Fassung:

„

Besoldungsgruppe	Fußnote	Betrag in Euro, Vomhundertsatz
A 6	3	50 v.H. des Unterschiedsbetrags zwischen dem Endgrundgehalt der Besoldungsgruppe A 6 und dem Endgrundgehalt der Besoldungsgruppe A 7

“

- c) Die Besoldungsgruppe R 3 erhält folgende Fassung:

„

Besoldungsgruppe	Fußnote	Betrag in Euro, Vomhundertsatz
R 3	5, 10	205,88

““

5. Es wird folgender neuer Art. 15 eingefügt:

"Art. 15

Änderung des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes

In Art. 47 Abs. 3 des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes (BaySchFG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2000 (GVBl S. 455, ber. S. 633, BayRS 2230-7-1-K), zuletzt geändert durch §§ 3 und 5 Abs. 3 Nrn. 2 und 3 des Gesetzes vom 23. Mai 2014 (GVBl S. 190), wird die Zahl „100“ durch die Zahl „102,50“ ersetzt."

6. Der bisherige Art. 15 wird Art. 16.
7. Der bisherige Art. 16 wird Art. 17; Abs. 2 erhält folgende Fassung:

„(2) Abweichend von Abs. 1 treten
1. Art. 11 Nr. 7 mit Wirkung vom 1. Januar 2013 und
2. Art. 15 am 1. August 2015
in Kraft.“

8. Die Ansätze in der Anlage zu Art. 1 des Haushaltsgesetzes werden wie folgt geändert:

Einzelplan 03A - Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr

Die Einnahme- und Ausgabeansätze sowie die Schlusssumme des Einzelplans 03A werden um folgende Beträge verändert:

Haushaltsansatz Einnahmen	Haushaltsstellen	2015 Tsd. €	2016 Tsd. €
Gesamteinnahmen bis- her lt. Regierungsent- wurf einschl. Nach- schubliste vom 13.10.2014		489.622,3	454.770,2
G7-Gipfel 2015 – Erstat- tungen vom Bund	03 03/231 78	+5.000,0	---
Gesamteinnahmen neu		494.622,3	454.770,2

Haushaltsansatz Ausgaben	Haushaltsstellen	2015 Tsd. €	2016 Tsd. €
Gesamtausgaben bisher lt. Regierungsentwurf einschl. Nachschubliste vom 13.10.2014		4.045.265,6	4.073.904,5
Erstattung von Einsatzkos- ten für die Höhlenrettung aus der Riesending- Schachthöhle am Unters- berg	03 24/671 02 (neu)	+523,7	---
Leistungen gem. Art. 33a BayRDG (Retter- freistellung)	03 24/671 01	-200,0	---
Leistungen gem. Art. 33 BayRDG	03 24/894 01	-323,7	---
Zuweisungen an Gemein- den und Gemeindever- bände zur Förderung von Fahrzeug- und Gerätebe- schaffungen u. ä.	03 23/883 01	+3.000,0	+3.000,0
Gesamtausgaben neu		4.048.265,6	4.076.904,5

Berichterstatter 1 - 3: **Hans Herold**
 Berichterstatter 4: **Claudia Stamm**
 Berichterstatter 5: **Volkmar Halbleib**
 Berichterstatter 6 – 9: **Bernhard Pohl**
 Mitberichterstatter 1 - 3: **Volkmar Halbleib**
 Mitberichterstatter 4 – 9: **Hans Herold**

II. Bericht:

1. Der Gesetzentwurf wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen hat den Gesetzentwurf endberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge Drs. 17/3710, Drs. 17/4158, Drs. 17/4259, Drs. 17/4378, Drs. 17/4379, Drs. 17/4380, Drs. 17/4381 und Drs. 17/4382 in seiner 51. Sitzung am 26. November 2014 beraten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfes hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung
 SPD: Ablehnung
 FREIE WÄHLER: Ablehnung
 B90/GRÜ: Ablehnung

mit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 17/3710 und 17/4158 hat der Ausschuss einstimmig Zustimmung in geänderter Fassung empfohlen.

Die Änderungsanträge haben durch die Aufnahme der geänderten Fassung in I. ihre Erledigung gefunden.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 17/4380 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
 SPD: Ablehnung
 FREIE WÄHLER: Zustimmung
 B90/GRÜ: Ablehnung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 17/4381 und 17/4382 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
 SPD: Zustimmung
 FREIE WÄHLER: Zustimmung
 B90/GRÜ: Enthaltung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 17/4378 und 17/4379 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
 SPD: Zustimmung
 FREIE WÄHLER: Zustimmung
 B90/GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 17/4259 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
 SPD: Enthaltung
 FREIE WÄHLER: Enthaltung
 B90/GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

3. Der Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge Drs. 17/3710, Drs. 17/4158, Drs. 17/4259, Drs. 17/4378, Drs. 17/4379, Drs. 17/4380, Drs. 17/4381 und Drs. 17/4382 in seiner 28. Sitzung am 4. Dezember 2014 endberaten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfes hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung
 SPD: Ablehnung
 FREIE WÄHLER: Ablehnung
 B90/GRÜ: Ablehnung

der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 17/3710 und 17/4158 hat der Ausschuss einstimmig Zustimmung in geänderter Fassung empfohlen.

Die Änderungsanträge haben durch die Aufnahme in I. ihre Erledigung gefunden.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 17/4380 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
 SPD: Ablehnung
 FREIE WÄHLER: Zustimmung
 B90/GRÜ: Ablehnung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 17/4381 und 17/4382 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
 SPD: Zustimmung
 FREIE WÄHLER: Zustimmung
 B90/GRÜ: Enthaltung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs.
17/4378 und 17/4379 hat der Ausschuss mit
folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs.
17/4259 hat der Ausschuss mit folgendem
Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
SPD: Enthaltung
FREIE WÄHLER: Enthaltung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

Peter Winter
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Die nachstehend genannten Änderungsanträge zum Gesetzentwurf der Staatsregierung über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2015 und 2016 (Haushaltsgesetz 2015/2016) werden abgelehnt:
Drs. 17/2871, 17/4669

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2015/2016
(Drs. 17/2871)
Drs. 17/4259
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Stefan Schuster, Horst Arnold u.a. SPD zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2015/2016
(Drs. 17/2871)
Drs. 17/4378
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2015/2016
(Drs. 17/2871)
hier: Wegfall des Stelleneinzugs nach Art. 6b HG
Drs. 17/4379

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2015/2016
(Drs. 17/2871)
hier: Haushaltspolitik stärker auf Regionen ausrichten
Drs. 17/4380
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2015/2016
(Drs. 17/2871)
hier: Übernahme rechtskräftig festgestellter Schmerzensgeldansprüche
Drs. 17/4381
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2015/2016
(Drs. 17/2871)
hier: Änderung des Bayerischen Reisekostengesetzes
Drs. 17/4382

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

Abg. Martin Bachhuber

Abg. Thomas Gehring

Abg. Harald Güller

Abg. Bernhard Pohl

Abg. Klaus Steiner

Abg. Claudia Stamm

Abg. Peter Winter

Präsidentin Barbara Stamm

Abg. Volkmar Halbleib

Abg. Günther Knoblauch

Abg. Hans Herold

Abg. Gabi Schmidt

Abg. Dr. Herbert Kränzlein

Abg. Dr. Paul Wengert

Staatsminister Dr. Markus Söder

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Ich rufe nun gemeinsam die **Tagesordnungspunkte 22 bis 24** auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung

zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2015)

(Drs. 17/2870)

- Zweite Lesung -

hierzu:

Änderungsanträge von Abgeordneten der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 17/4383 mit 17/4385)

Änderungsantrag von Abgeordneten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drs. 17/4258)

und

Haushaltsplan 2015/2016

Einzelplan 13 für den Geschäftsbereich Allgemeine Finanzverwaltung

hierzu:

Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 17/4369 mit 17/4377)

Änderungsanträge von Abgeordneten der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 17/4335 mit 17/4348)

Änderungsanträge von Abgeordneten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 17/4263 mit 17/4276)

und

Gesetzentwurf der Staatsregierung

**über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die
Haushaltsjahre 2015 und 2016 (Haushaltsgesetz 2015/2016 - HG 2015/2016)**

(Drs. 17/2871)

- Zweite Lesung -

hierzu:

Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion (Drsn. 17/3710 sowie
17/4158)

Änderungsantrag von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drs. 17/4378)

Änderungsanträge von Abgeordneten der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 17/4379
mit 17/4382)

Änderungsantrag von Abgeordneten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drs.
17/4259)

Im Ältestenrat wurde für die gemeinsame Aussprache eine Gesamtredezeit von drei Stunden vereinbart. Davon entfallen auf die Fraktion der CSU 50 Minuten, auf die SPD-Fraktion 32 Minuten sowie auf die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN jeweils 24 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion. Sie kann deshalb bis zu 50 Minuten sprechen, ohne dass sich dadurch die Redezeit der Fraktionen verlängert.

Vorweg mache ich darauf aufmerksam, dass die SPD-Fraktion namentliche Abstimmung zum Änderungsantrag auf der Drucksache 17/4377 beantragt hat. Außerdem ist für die Schlussabstimmung zum Haushaltsgesetz Namentliche Abstimmung beantragt worden.

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Der erste Redner ist Herr Kollege Bachhuber.

Martin Bachhuber (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Staatsminister, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Bekanntlich feiern wir in 14 Tagen Weihnachten und erwarten uns alle Geschenke. Ich glaube, für uns gibt es heute schon

eine Art Bescherung. Mit dem Doppelhaushalt 2015/2016 bekommen wir, die Bürgerinnen und Bürger Bayerns und die Kommunen, ein schönes Geschenk.

(Beifall bei der CSU)

Ich möchte dem Finanzminister ausdrücklich dafür danken, dass er uns einen Haushalt beschert, um den uns sogar das Christkind beneiden würde.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das ist Gotteslästerung! – Volkmar Halbleib

(SPD): Die CSU glaubt noch an den Weihnachtsmann!)

Die anderen Bundesländer beneiden uns auf alle Fälle darum.

(Beifall bei der CSU)

Der Haushaltsentwurf beinhaltet meiner Meinung nach nämlich alles, um einen modernen, stabilen und in die Zukunft gerichteten Haushalt zu beschließen. Die Schuldentilgung bzw. der Verzicht auf neue Schulden ist die eine Seite. Auf der anderen Seite sind kraftvolle Investitionen vorgesehen. Es handelt sich um einen vorausschauenden Haushalt mit einer Wachstumsbegrenzung von 3 %. Die Opposition hört es nicht gerne, aber die Wahrheit lässt sich nicht verdrängen.

(Beifall bei der CSU)

Bayern ist und bleibt das Land der stabilsten Finanzen in ganz Deutschland, wenn nicht in ganz Europa. Wir geben nur das Geld aus, das wir vorher erwirtschaften und einnehmen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das die Bürger erwirtschaftet haben! Das geben Sie aus!)

Mit der Fortführung der Schuldentilgung im Umfang von über 1 Milliarde Euro setzen wir nicht nur deutsche, sondern auch internationale Maßstäbe. Damit werden wir in den Jahren 2012 bis 2016 3,6 Milliarden Euro oder 16 % der Schulden im allgemeinen

Haushalt getilgt haben. Wir tun das nicht aus finanzpolitischer Selbstverliebtheit oder weil wir uns etwas in den Kopf gesetzt haben, das wir auf Biegen und Brechen durchsetzen wollen. Nein, keine neuen Schulden zu machen und vorhandene Schulden zu tilgen, ist einfach ein Wesensmerkmal der bayerischen Haushaltspolitik.

Aber das allein macht noch keinen visionären Haushalt aus. Dafür bedarf es stabiler Investitionsquoten. Auch hier beschreiten wir meines Erachtens den einzig richtigen Weg. Nochmals: Die Wachstumsgrenze der Ausgaben auf 3 % zu beschränken und eine 12-prozentige Investitionsquote einzuhalten, das bedeutet 12 Milliarden Euro; das müssen uns die anderen erst einmal nachmachen.

Weil ich gerade bei den Daten bin, füge ich hinzu: Dieser Haushalt hat hervorragende Eckdaten aufzuweisen. Gestern haben wir den Bildungshaushalt mit einem Volumen von 36 Milliarden Euro beschlossen. 36 Milliarden Euro für Bildung, Wissenschaft und Forschung bedeuten ein Drittel des Haushalts. Diese Summe muss man sich auf der Zunge zergehen lassen. – 1,5 Milliarden Euro für den Breitbandausbau: Man kann realistisch sagen, schon bald werden alle Kommunen in Bayern digital erschlossen sein. Bundesrepublik: 0 Euro, Niedersachsen: 0 Euro für den Breitbandausbau; dort wird die Beratung für die Kommunen kostenlos angeboten. Nordrhein-Westfalen: 0 Euro für den Breitbandausbau. Diese Fakten sind unumstößlich. Für die Staatsstraßen sind 500 Millionen Euro vorgesehen. Das ist sehr beachtlich.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Kern meiner Ausführungen betrifft den kommunalen Finanzausgleich. Bayerns Kommunen haben mit dem Freistaat einen verlässlichen Partner. Bayerns Kommunen werden vom Freistaat nicht im Regen stehen gelassen.

(Beifall bei der CSU)

Ich war 24 Jahre Bürgermeister. Ich würde mich heute als Bürgermeister froh und glücklich schätzen, einen solchen Partner an meiner Seite zu haben. Betrachten wir einmal die Steuereinnahmen in den letzten zehn Jahren. Die Steuereinnahmen des

Freistaats haben sich in diesem Zeitraum um 41 % erhöht, die der Kommunen um 60 %. Das hat letztendlich dazu geführt, dass die Kommunen im vergangenen Jahr von ihren Gesamteinnahmen 21 % für freiwillige Ausgaben verwenden konnten. Das gönne ich den Kommunen.

Auch in Zukunft wird es zu keiner Verschiebung zulasten der Kommunen kommen. Im Gegenteil; die Übernahme der Grundsicherung im Alter durch den Bund entlastet die Kommunen dynamisch von wachsenden Leistungen. Hier wurde der ordnungspolitische Murks von Rot-Grün einfach beseitigt.

Weitere Entlastungen: 1 Milliarde Euro für ganz Deutschland, für die Kommunen, im Vorgriff auf das Bundesteilhabegesetz zur Eingliederungshilfe; 2018: 5 Milliarden Euro.

Meine Damen und Herren, wir sind in der Lage, die bundesweit einmalige Erfolgsgeschichte des kommunalen Finanzausgleichs heute mit diesem Doppelhaushalt weiter fortzuschreiben. Der Staatsminister hat gerade die Rekordsumme des Finanzausgleichs in Höhe von 8,3 Milliarden Euro erwähnt. Damit nicht genug: Der Finanzausgleich wird im Jahr 2016 zusätzlich um 3 % steigen. Diese Entwicklung macht sich natürlich auch an den Schlüsselzuweisungen deutlich bemerkbar. Die Schallmauer von 3 Milliarden Euro ist geknackt. Die Kommunen erhalten Schlüsselzuweisungen in Höhe 3,14 Milliarden Euro. Das Finanzausgleichsgesetz – FAG – 2015 ist wirklich ein Glücklichermacher für unsere Städte und Gemeinden.

(Beifall bei der CSU – Lachen bei der SPD)

Lassen Sie mich zwei Beispiele nennen. Die Mittel für den Straßenunterhalt werden um 15 Millionen auf 314 Millionen Euro erhöht. Die Straßenpauschalen für den Winterdienst und den Straßenunterhalt steigen um 4 %. Darüber hinaus – das weiß jeder, der in kommunaler Politik verankert ist und mit kommunalen Finanzen zu tun hat - -

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Herr Kollege, lassen Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Gehring zu?

Martin Bachhuber (CSU): Damit warten wir ein bisschen. Vielleicht beantworte ich sie noch. – Darüber hinaus wurde in den vergangenen Jahren die Stabilisierungshilfe massiv erhöht. Bei ihrer Einführung 2012 hatte sie eine Höhe von 25 Millionen Euro. 2013 wurde sie vervierfacht und betrug 100 Millionen Euro. Jetzt werden noch 20 Millionen Euro draufgelegt, sodass sich eine Höhe von 120 Millionen Euro ergibt. Jeder, der schon mit kommunalen Finanzen zu tun gehabt hat, weiß, wie wichtig das ist. Ich brauche keine aufwendigen Anträge zu stellen, sondern bekomme das Geld. Die kleinste Kommune bekommt jetzt noch eine Investitionspauschale von 110.000 Euro pro Jahr.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, an diesen Eckdaten können Sie sehen: Eine gute finanzielle Ausstattung der Kommunen ist für die Bayerische Staatsregierung kein Lippenbekenntnis. Wir lassen den Worten hier Taten folgen.

(Beifall bei der CSU)

Für die Förderung des kommunalen Hochbaus sind 430 Millionen Euro vorgesehen, für die Krankenhausfinanzierung auf hohem Niveau 500 Millionen Euro pro Jahr. Die Zuweisungen an die Bezirke sollen 648 Millionen Euro betragen. Der Bezirk Oberbayern beispielsweise hatte noch vor Jahren 150, 160 Millionen Euro Schulden; heute hat er keine Schulden mehr und 100 Millionen Euro an Rücklagen. Diese Zahlen zeigen, dass der Staat seiner Verpflichtung in allen Bereichen nachkommt.

(Beifall bei der CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, bei der Einbringung des Haushalts hat der Finanzminister gesagt: Staat und Kommunen sind eine Aktionseinheit; sie bilden eine Symbiose. Geht es den Landkreisen und den Kommunen gut, dann geht es auch dem

Land gut. Im Augenblick dürfen wir den Fakt feststellen, dass es den Kommunen sehr gut geht.

Wenn man vom aktuellen Niveau des kommunalen Finanzausgleichs ausgeht und die Beträge für die nächsten Jahre zusammenzählt, zeigt sich, dass die Kommunen in Bayern bis 2020 50 Milliarden Euro bekämen. 50 Milliarden Euro ist die exakte Summe im Haushalt 2015 des Freistaats Bayern. Die Höhe des Finanzausgleichs ist schier unglaublich. Aber das ist für uns nur die eine Seite der Medaille. Auf der anderen Seite wollen wir das System des Ausgleichs noch gerechter und noch effizienter machen. Hier geht es vor allem darum, die schwächeren Kommunen, die häufig kaum oder nur schwierig einen eigenen Haushalt aufstellen können, wirksam zu unterstützen. Zu diesem Zweck wurden die Stabilisierungshilfen eingeführt. Sie sind ein Faktor, der für viele Kommunen – es sind schon über 50 – bei der Bewältigung ihrer Aufgaben eine wertvolle Unterstützung darstellt.

Der Minister hat gesagt: Wenn es uns gelingt, mit dem Doppelhaushalt die Personalquote stabil zu halten, ist das ein Zeichen dafür, dass wir auch in Zukunft solide Finanzen sicherstellen können.

In jeder Sitzung des Haushaltsausschusses wurde uns immer wieder vorgehalten, der Pensionsfonds sei nicht mit ausreichenden Mitteln ausgestattet; die 100 Millionen Euro, die im Doppelhaushalt jährlich vorgesehen sind, seien zu wenig. Dabei wird aber übersehen, dass wir hier ein Gesamtpaket schnüren, nämlich den Schuldenabbau bis 2030 und die kontinuierliche Steigerung des Versorgungsfonds. Der Pensionsfonds wird in diesem Jahr eine Höhe von über 2 Milliarden Euro erreichen. Bis 2030 werden wir die Schuldzinsen abbauen und damit jährlich 1 Milliarde Euro an Zinsen sparen.

In diesem Zusammenhang muss ich die Frage stellen: Was ist nachhaltiger, und was ist generationengerechter, der Aufbau eines Pensionsfonds, der nach Entnahme von Kapital erschöpft ist, oder ein schuldenfreies Bayern, das Jahr für Jahr 1 Milliarde Euro

mehr ausgeben kann? Ich denke, wir müssen bei diesem Gesamtpaket bleiben. Meine sehr verehrten Damen und Herren, glauben Sie mir: Mit diesem Haushalt tragen wir wesentlich zur Generationengerechtigkeit bei.

Wenn man einen solchen Haushalt verabschiedet, muss man ehrlich sein und sich eingestehen, dass nicht alles, was wünschenswert ist, finanzierbar ist. Man muss auch Abstriche machen. Wir handeln nach dem Prinzip des ehrbaren Kaufmanns und geben nur das Geld aus, das wir zur Verfügung haben. Daran orientiert sich die Bayerische Staatsregierung jetzt schon seit über elf Jahren mit einem Haushalt ohne neue Schulden.

Wenn man auf die ganze Situation im Freistaat Bayern blickt, muss man sagen, dass wir nicht unbedingt falsch handeln. Wenn wir uns umsehen, stellen wir fest, dass es auch in Bayern sehr viele glückliche Menschen gibt. Nach der Umfrage eines großen Umfrageinstituts in der letzten Woche leben in Bayern die zufriedensten Menschen. Ich frage mich, warum das so ist. Weil wir nur noch marode Häuser haben, weil wir eine marode Infrastruktur haben und weil wir einen großen Investitionsstau haben? Sie müssen fast schon verzweifeln, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der Opposition.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Die Bayern sind eben leidensfähig!)

Sie erzählen gebetsmühlenartig, wie schlecht es in Bayern aussieht. Aber die Menschen in dem von Ihnen so beschriebenen Bayern fühlen sich sehr, sehr wohl und sind die zufriedensten in Deutschland. Woran mag das wohl liegen? Meine sehr verehrten Damen und Herren, die ganz große Mehrheit von Bayerns Bürgerinnen und Bürgern ist sehr froh, dass in Bayern die CSU regiert und die politischen Leitlinien vorgibt.

(Beifall bei der CSU)

Ich komme zum Schluss. Dieser Haushalt ist keine entrückte Wunschvorstellung der CSU. Er ist der Generationengerechtigkeit geschuldet und ermöglicht es unseren Kindern und Enkeln, in einem Bayern zu leben, das ihnen alle Wege in eine gute Zukunft eröffnet. Sie sollen unserer Überzeugung nach nicht in einem Bayern leben, in dem vieles nicht mehr möglich ist, weil die Schulden dem Staat die Luft zum Atmen und zum Agieren nehmen. Sie sollen genauso gern in Bayern leben wie jetzt ihre Eltern und Großeltern und sollen auch in 20, 30 Jahren die zufriedensten Bürger in Deutschland sein.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bleibe dabei: Der Haushalt 2015/2016 – keine neue Schulden, Schuldenabbau, Begrenzung der Ausgaben auf 3 % und trotzdem eine Investitionsquote von 12 % - ist ein filigranes und stabiles Meisterwerk, um das wir beneidet werden. Wir wissen: Mitleid bekommt man umsonst, Neid muss man sich verdienen, und Neid ist die höchste Form der Anerkennung.

Ich gratuliere unserem Staatsminister Dr. Markus Söder zu diesem Meisterwerk. Herzlichen Dank für die Einbringung des Haushaltes! Ich bitte um Zustimmung zum Einzelplan 13.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Kollege Bachhuber. Für eine Zwischenbemerkung hat sich der Kollege Gehring gemeldet. Bitte schön.

Thomas Gehring (GRÜNE): Herr Kollege Bachhuber, keine Sorge. Ich werde jetzt keine finanzpolitische Rede halten; das wird meine Kollegin Claudia Stamm machen. Sie wird etwas zu den Rücklagen sagen.

Eigentlich hatte ich eine klassische Zwischenfrage. Aber Sie haben leider kaum Zwischenfragen zugelassen.

Ich möchte zunächst etwas zu den Kommunen sagen. Da gibt es noch ungedeckte Schecks. Ich denke etwa an die Ganztagsangebote. Die Kommunen haben den Vor-

schlag der Staatsregierung noch nicht unterschrieben, und da finden noch Gespräche statt. Da werden auf das Land noch Kosten zukommen, wenn das Land weiterhin ein fairer Partner der Kommunen sein will.

Zweitens komme ich zum Anteil der Kommunen an den Einnahmen des Landes. In diesem Jahr sprudeln die Steuereinnahmen; aber der Anteil der Kommunen an den Steuereinnahmen ist nicht gestiegen, wie es versprochen war. Er liegt weiter bei 12,75 %; der Anteil wurde nicht erhöht. In Baden-Württemberg sind es 23 %. Ich weiß, es ist immer schwierig, Länder zu vergleichen. Aber ich wollte das einfach zur Information mitteilen.

Der kommunale Finanzausgleich soll reformiert werden. Es gibt Arbeitsgruppen. Aber ein Thema wurde schon herausgenommen, das vor allem Kommunen im Süden beschäftigt. Bei den Schlüsselzuweisungen wurden nämlich die Nebenwohnungen herausgerechnet. Das bedeutet vor allem für touristisch geprägte Kommunen Einbußen bei den Schlüsselzuweisungen. Ich habe das am Beispiel meiner Gemeinde, einer kleinen Gemeinde im Landkreis Oberallgäu, ausgerechnet. Dort sind 4,25 % der Wohnungen Nebenwohnungen und werden herausgerechnet. Wie es aussieht, bedeutet das, dass 13,75 % der Schlüsselzuweisungen wegfallen. Das ist immerhin ein sechstelliger Betrag und für eine kleine Kommune ein großer Batzen.

Wie gehen Sie mit diesem Thema um? Gibt es Berechnungsgrundlagen für die Kommunen? Gibt es Gutachten oder Vorschläge, wie den touristisch geprägten Kommunen im ländlichen Raum geholfen werden kann, oder müssen die Kommunen damit leben?

Martin Bachhuber (CSU): Sehr geehrter Herr Kollege Gehring, zunächst einmal – ich habe es schon in meinen Ausführungen gesagt –: Wir wollen den Finanzausgleich noch gerechter machen. Wir wollen die schwächeren Kommunen stärken. Gestern konnten wir es in der Zeitung lesen. Es ist schon schwer vertretbar, dass manche Kommunen in Bayern auf die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen verzichten kön-

nen, weil sie gut ausgestattet sind, während andere Kommunen ihre Bürger mit Beiträgen belasten. Das zeigt, dass wir den kommunalen Finanzausgleich ändern müssen. Dazu gehört nicht nur eine Nuance. Dazu gehört ein Gesamtpaket, um einen zukunftsfähigen Finanzausgleich zu haben. Ich sage nochmals: Dieser Finanzausgleich zeigt den Kommunen, dass sie sich auf den Freistaat Bayern verlassen können.

Für die Bildungspolitik und das, was Sie gesagt haben, gibt es noch einmal 36 Milliarden Euro. Somit geht ein Drittel des gesamten Haushaltes in den Bildungs- und Wissenschaftsbereich. Auch damit kann sich Bayern sehen lassen. Wir haben heute gehört, dass Bayern die wenigsten Schulwiederholer hat. Nach einer neuen Studie der Bertelsmann-Stiftung, die heute herausgekommen ist, sind es 5 %.

Das mit den Nebenwohnungen ist noch zu klären. Dazu ist das letzte Wort noch nicht gesprochen. Auch das gehört zu dem Gesamtpaket eines gerechten Finanzausgleichs für alle Kommunen, damit wir das Ziel, bei dem wir schon sehr weit sind, nämlich gleichwertige Lebensbedingungen in ganz Bayern, erreichen können.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Bachhuber. Die nächste Wortmeldung kommt von Kollegen Harald Güller. Bitte schön.

Harald Güller (SPD): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen, Herr Minister, meine Herren Staatssekretäre! Dann kümmern wir uns nach dieser Jubelarie ein bisschen um den Einzelplan 13 und schauen, ob das "filigrane Meisterwerk" auch hält, wenn man ein bisschen hinter die Fassade schaut, oder ob Sie Ihre schwarze Null, die Sie permanent bejubeln, durch Schecks auf die Zukunft erkaufen.

Als Erstes schauen wir uns einmal an, wie Sie mit dem Investitionsbedarf im Krankenhauswesen umgehen. Herr Staatssekretär Füracker hat im Haushaltsausschuss die phänomenale Aussage getroffen: Das Problem der Krankenhäuser sind derzeit die Betriebskosten, nicht die Investitionskosten; die knapp 500 Millionen Euro sind voll

ausreichend für die Anforderungen aller Krankenhäuser in Bayern. - Wer aber nur etwas Ahnung hat von der Materie vor Ort, weiß, dass diese Aussage falsch ist. Das Problem der kommunalen Krankenhäuser, aber auch anderer, sind die Betriebskosten und die Investitionskosten. Deswegen ist es fahrlässig, diesen Betrag nicht in der Weise zu erhöhen, wie es die SPD beantragt hat.

(Beifall bei der SPD)

Es ist auch fahrlässig, wie – ich darf das als Augsburger sagen - mit dem Versprechen des Herrn Ministerpräsidenten "Die Uniklinik kommt!!!" in haushalterischer Sicht umgegangen wird. Jetzt kommt zunächst lange nichts. Im Jahr 2015 sind Vorbereitungskosten von 1,5 Millionen und im Jahr 2016 von 3 Millionen im Haushalt. Ich sage Ihnen: Wenn Sie dieses Projekt ernsthaft angehen wollen, dann können Sie an beide Summen jeweils eine Null anhängen, sonst wird das nicht funktionieren. Sie aber spielen kommunale Krankenhäuser und Universitätskliniken gegeneinander aus, indem Sie in beide Töpfe nicht mehr Geld hineingeben, obwohl Sie genau wissen, dass ein zusätzliches Universitätsklinikum deutlich mehr Geld kostet, aber auch notwendig ist. Sie verschlafen Zukunftsinvestitionen. Ich würde sagen: Das ist nicht gerade ein "filigranes Meisterwerk".

(Beifall bei der SPD)

Zukunftschancen, Thema Pensionsfonds: Herr Bachhuber, Sie haben das Thema erfreulicherweise selbst angesprochen. Es bleibt dabei, dass Lasten in die Zukunft verschoben werden. Wir können gerne darüber diskutieren, ob es möglich ist, diese Lasten und die Versäumnisse der vergangenen Jahre innerhalb eines Haushalts aufzuholen, wie es der Antrag der FREIEN WÄHLER suggeriert, oder ob wir sukzessive vorgehen müssen. Dazu sind wir gesprächsbereit. Aber weiterhin offenen Auges in das Pensionsdesaster in einigen Jahren hineinzulaufen, kann man nicht verantworten. Das ist kein "filigranes Meisterstück" eines Haushalts.

(Beifall bei der SPD)

Dass wir keine Verstärkungsmittel beim Straßenbau und keine Verstärkungsmittel für Planungen haben, dass wir keine Verstärkungsmittel für kommunale Gebäude haben, ist auch kein Meisterstück, sondern verschiebt Belastungen in die Zukunft.

Wenn wir beim Thema Zukunft sind: Herr Herold hat heute so grandios zitiert, ohne den Kommentar von Uli Bachmeier zu Ende zu lesen: Bayern glänzt – im Moment. In dem Kommentar steht etwas Wichtiges, über das wir uns in aller Ernsthaftigkeit auch im Haushaltsausschuss Sorge machen müssen. Wir müssen miteinander reden und gemeinsam versuchen, die beste, noch machbare Lösung zu finden. Herr Bachmeier schreibt: Im Streit mit Österreich um die Skandalbank HGAA droht eine Milliardenpleite. – Herr Minister Söder, Sie haben vorher hier erklärt, Sie seien der Einzige in ganz Deutschland, der gut schlafen kann, wenn er sich den Haushalt ansieht. Darüber muss ich mich schon wundern. Ich habe im Umgang mit der Hypo Group Alpe Adria und ABS-Papieren und der MKB sehr wohl einen Wandel im Haushaltsausschuss vernommen. Herr Dr. Riegler und ausdrücklich auch Sie haben in den letzten Monaten fair informiert und sind fair mit uns umgegangen. Wie Sie jetzt aber auf eine solche Aussage kommen, wenn man den Haushalt insgesamt ansieht und weiß, dass bei den Klagen vor dem Landgericht München Risiken bestehen, weiß ich nicht. Bei den direkten Klagen allein sind es 2,4 Milliarden Euro, also 2.400 Millionen Euro, bei einer Gegenklage fast 800 Millionen Euro, bei einer Klage gegen die Mitarbeiterstiftung in Klagenfurt sind sie im dreistelligen Millionenbereich, eine weitere Klage der Mitarbeiter, die zusätzliche Boni einklagen, ist im hohen Millionenbereich. Wenn ich das alles sehe, wäre ich nicht so forsch und würde sagen: Ich bin der Einzige in ganz Deutschland, der gut schlafen kann. Ich würde mir Sorgen machen und weiterhin hart an der Lösung dieser Probleme arbeiten, statt zu schlafen.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben auch in diesem Haushalt 350 Millionen Euro an Zinszahlungen für das Desaster um die Hypo Group Alpe Adria. Wir zahlen auch an diesem Tag circa eine Million Euro an Zinsen nur für dieses Desaster. Wenn wir heute ungefähr zwei Stunden

diesen Haushalt diskutieren, dann haben wir in dieser Zeit schon wieder 80.000 Euro an Zinsen verbraten, die wir wahrlich an anderer Stelle viel besser brauchen könnten.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden uns natürlich auch mit der Aufarbeitung beschäftigen müssen. Wir haben vor Kurzem – das betrifft nicht den jetzigen Finanzminister – von der unabhängigen Griss-Kommission in Österreich, einer Exekutivkommission, einen klaren Bericht bekommen, der Staatsversagen – wohl auf österreichischer Seite, aber eben auch auf bayerischer Seite – beim Kauf der Hypo Group Alpe Adria feststellt. Es wird festgestellt: Die Bayern hatten ein riesiges Interesse, die Gruppe um jeden Preis und unter allen Bedingungen zu kaufen. Daraus wird ein Versäumnis der Kärntner und der Wiener Regierung konstruiert. Es wird gesagt, man hätte die Bayern noch mehr über den Löffel balbieren können. - Aber eines steht fest: Wir haben Fehler gemacht. Wir schauen mal, ob wir vielleicht das eine oder andere "Fuffz'gerl" zurückbekommen. Sie werden dabei auf jeden Fall mit uns rechnen können und dürfen.

(Beifall bei der SPD)

Wenn ich den Einzelplan 13 des Haushaltsplans 2015/2016 anschau, darf ein Thema natürlich nicht fehlen: Die Heimat und Heimstadt des Reptilienfonds. Wie heißt es so schön in allen Anträgen der CSU? – Ob eine Machbarkeitsstudie für ein Bayerisches Gesundheitsdatenzentrum, ein Bündnis für Organspende, ein paar Euro mehr für den Bayerischen Jugendring, ein Bayerischer Demenzpreis oder ein Bayerischer Demenz-Survey bezahlt werden sollen, immer steht dran, dass dies über den Einzelplan 13 Kapitel 13 03 Titel 893 06 – das ist der Reptilienfonds der CSU – finanziert wird. Übrigens: Den Antrag zum Bayerischen Demenz-Survey dürfen Sie nach dem Wochenende in Zukunft in Ihrem Wohnzimmer gar nicht mehr zitieren, da dies Ihr Generalsekretär Herr Scheuer sprachlich irgendwie nicht so gut findet. Nennen Sie es in Ihrem Antrag einfach Demenz-Register.

Ich will überhaupt nicht kritisieren, dass im Haushalt noch etwas finanzielle Luft für sinnvolle Anträge und Ideen der Fraktionen ist. Das ist sinnvoll, um diese noch ins Verfahren zu bringen. Ich kritisiere aber, dass es eben nicht so ist, wie Herr Holetschek heute Vormittag gesagt hat: Piep, piep, piep – wir haben uns lieb, in allen Ausschüssen verstünden wir uns so toll. Wir haben ein gutes Verhältnis; Kollege Winter, dafür bedanke ich mich herzlich. Die Sitzungsleitung ist fair. Jeder kommt zu Wort. Am Ende des Tages stehen jedoch 156 abgelehnte Anträge der SPD-Fraktion. Zu rund der Hälfte der Anträge sagen Sie während der Beratungen: Eigentlich wären sie schon sinnvoll, aber das machen wir jetzt an dieser Stelle nicht. Bei ein paar Anträgen sagen Sie: Na ja, das können wir nächstes Jahr abschreiben. Einige schreiben Sie unverschämterweise noch im gleichen Jahr ab und finanzieren das – so nennen Sie das – mit Ihrer Fraktionsreserve.

(Beifall bei der SPD)

Kolleginnen und Kollegen, das ist kein guter Umgang miteinander. So stelle ich mir Beratungen im Haushaltsausschuss nicht vor. Selbstverständlich gibt es verschiedene Ansätze. Kollege Halbleib hat das gerade für den Länderfinanzausgleich klargemacht. Das betrifft auch unsere Vorstellungen zur Ausgestaltung der Steuerverwaltung. Kollege Wengert wird noch vorstellen, wie wir das bei kommunalen Gebäuden und Einrichtungen sehen. Günther Knoblauch wird erklären, wie wir uns die Konstruktion des kommunalen Finanzausgleichs insgesamt vorstellen. Selbstverständlich gibt es Unterschiede. Jedoch gibt es Themen, zu denen man unstrittig sagen kann, dass sie die Opposition richtig und früher erkannt hat als die CSU. Dann kann man einmal die Größe haben und einem Antrag der SPD oder einer anderen Oppositionspartei zustimmen.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Nachdem Sie gesagt haben, dass es sich zwar um einen guten und sinnvollen Antrag handelt, die Höhe des Ansatzes aber nicht passe, haben wir im Haushaltsausschuss

vorgeschlagen, die Höhe nach einer Einigung zu ändern. Davon haben Sie nichts gemacht. Sie lehnen die Anträge nur ab und tun hier so, als hätten Sie als einzige Partei in ganz Bayern die Weisheit mit Löffeln gefressen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, so ist es nicht. Die Opposition hat gute Anträge. Wir haben in den letzten Tagen viel Substanz in die Beratungen hineingegeben. Haben Sie einmal die Größe, und nehmen Sie solche Punkte von uns an! Das wäre wirklich ein Weihnachtsgeschenk, das den Weihnachtsfrieden bei uns näherkommen lassen würde.

(Beifall bei der SPD)

Auch schon vor den Ausführungen von Kollegen Wengert und Kollegen Knoblauch muss ich leider feststellen, dass der Einzelplan 13, wie er jetzt konstruiert ist, nicht zukunftsfähig ist. Er verschiebt Lasten in die Zukunft. Wir steuern damit sehenden Auges in Finanzierungsprobleme, insbesondere im investiven Bereich. Deshalb müssen und werden wir diesen Haushalt ablehnen. Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Güller. - Der nächste Redner ist Herr Kollege Bernhard Pohl. Bitte schön.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben anstrengende Wochen mit Haushaltsberatungen im Haushaltsausschuss hinter uns. Deswegen möchte ich mich gleich zu Beginn beim Vorsitzenden Peter Winter und seinem Stellvertreter Volkmar Halbleib ganz herzlich bedanken. Im Ausschuss war die Atmosphäre gut. Wir haben intensiv und konstruktiv beraten. Es ist jedoch bedauerlich – dafür können Sie nichts, das ist die Vorgabe der CSU-Fraktion –, dass wir vergeblich verhandelt haben. Ich spreche jetzt den Fraktionsvorsitzenden Kreuzer an. L'art pour l'art – kein einziger

Änderungsantrag, sei er von den GRÜNEN, sei er von der SPD, sei er von den FREIEN WÄHLERN, wurde angenommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das liegt nicht an der Qualität der Anträge; das ist kein Zufall, das war so besprochen. Das wurde von Ihren Kollegen auch so bestätigt. Ich finde das sehr schade. Das ist eine vergebene Chance. Ich rede noch nicht einmal von der vergebenen Chance für die Demokratie. Es ist eine vergebene Chance für mehr Qualität in dem Haushalt. Ich sage noch überhaupt nichts über den Ausgangspunkt dieser Qualität. Auf jeden Fall hätten wir die Qualität des Haushalts verbessern können. Wie oft hat es Sie in den Fingern gejuckt, die Hand zu heben und zuzustimmen? Schließlich haben Sie sich daran erinnert, was Ihnen vorgegeben wurde und haben die Hand unten gelassen; Sie haben nicht zugestimmt. Das ist bedauerlich und schade.

Ich zeige Ihnen an einem Beispiel, wie man es anders machen kann und was dabei herauskommt. Als Sie im Winter des Jahres 2008 in größter Not waren – das Landesbank-Debakel vor Augen, die Insolvenz der Bank war nicht gebannt –, haben Sie unserem Antrag zugestimmt, eine besondere Kommission, nämlich die Landesbankkommission, einzuberufen. Selbstverständlich haben wir uns zu dem Thema gefetzt. Selbstverständlich haben wir hart mit euch gekämpft und gerungen. Wir haben aber auch sehr konstruktiv gearbeitet, gemeinsam mit der Exekutive, mit dem damaligen Finanzminister Fahrenschon, und gemeinsam mit der Spitze der BayernLB. Die Vorschläge aller Fraktionen sind in die Sanierung und in die Restrukturierung eingeflossen. Was ist dabei herausgekommen, Herr Staatsminister Söder? Tatsächlich haben wir es geschafft, einige der schlimmsten Schreckensszenarien zu bannen. Meine Damen und Herren, das war eine Gemeinschaftsleistung.

Wenn ich das anfügen darf: Wir sind bei der BayernLB noch lange nicht über den Berg. Wir haben noch lange an erheblichen Risiken zu tragen. Dennoch ist die Situation heute mit der Situation im Dezember 2008 nicht vergleichbar, als wir im Rahmen von Sondersitzungen einen Nachtragshaushalt mit über 10 Milliarden Euro zur Stüt-

zung der Bank beschließen mussten. Sie teilen Papiere aus, in denen man lesen kann, dass es seit dem Jahr 2006 keine Neuverschuldung mehr gebe. Das stimmt so nicht. Das schreiben Sie über die allgemeinen Haushalte. Man hat das in einem Sonderhaushalt versteckt. Anstatt den Anschein zu erwecken, dass sich der Haushalt seit dem Jahr 2006 nur im Guthaben befunden hat, sollte man die Größe haben, das ebenso anzuführen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Wenn wir uns die Steuerpolitik und die Einnahmen des Haushalts ansehen, kann ich einiges loben, muss aber auch etliches kritisieren. Ich habe es in den vergangenen Reden schon gesagt: Wir haben eine hervorragende Einnahmesituation. Das kommt nicht von ungefähr: Das haben die Menschen, die Steuerzahler, die Unternehmer, die Arbeitnehmer, das haben auch die Verbände wie Arbeitgeberverbände, Gewerkschaften etc., aber auch die Politik bewirkt. Wir haben in Bayern eine in groben Zügen ordentliche, gute Wirtschaftspolitik gemacht. Dies kann man auch für Berlin so bestätigen; denn ohne gute Rahmenbedingungen wären diese Steuereinnahmen – 25 % plus seit 2008 – nicht möglich.

Die andere Seite muss man aber auch beleuchten, meine Damen und Herren. Die andere Seite sieht so aus, dass wir jährlich die Steuern erhöhen, obwohl jeder behauptet: Wir machen keine Steuererhöhungen. Die kalte Progression ist eine Steuererhöhung, und zwar jedes Jahr. Jetzt höre ich, dass gesagt wird, man wolle noch in dieser Legislaturperiode im Bund die kalte Progression abschaffen. Die kalte Progression gehört sofort abgeschafft. Sie ist eine Steuererhöhung und nichts anderes.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ein Weiteres. Ich höre hier vom Kollegen Halbleib, wir seien uns alle darin einig, dass der Solidaritätszuschlag durch irgendetwas anderes, insbesondere durch eine Integration in den allgemeinen Steuertarif ersetzt werden soll.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

– Wenn das die Bundesebene betrifft, dann gilt dies zumindest bis zum Jahr 2017 für uns noch nicht. Ich kann für unsere Fraktion nur deutlich sagen, dass wir selbstverständlich keine Steuererhöhung mitmachen. Eine Kontinuität des Solidaritätszuschlags in anderer Form ist eine Steuererhöhung; denn der Soli war zeitlich befristet. Er läuft 2019 aus und ist verfassungsrechtlich nicht mehr verlängerbar. Wenn man dann anstelle des Soli eine neue Steuer erfinden will, eine neue Abgabe erfinden will, so ist dies auch eine Steuererhöhung. – Nicht mit uns, meine Damen und Herren!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich sage auch ganz klar – ich streife das nur –: Wenn am 17. Dezember das Bundesverfassungsgericht mutmaßlich Teile des Erbschaftsteuerrechts für verfassungswidrig erklären wird – übrigens mit Ansage –, dann wäre es auch Zeit, über die Erbschaftsteuer nachzudenken; denn die Erbschaftsteuer ist alles andere als gerecht. Ich sage Ihnen: Wenn man als vermögender Mensch Erbschaftsteuer zahlt, hat man den falschen Berater. Das ist so. Diejenigen, die wirklich Geld haben, sind nicht diejenigen, die die Erbschaftsteuer zahlen. Erbschaftsteuer zahlen zum Beispiel diejenigen, die mit dem Erblasser nicht verwandt sind und nur über einen Freibetrag von 20.000 Euro verfügen. Das sind diejenigen, die Erbschaftsteuer bezahlen. Man muss sich also schon einmal überlegen, ob das, was wir bei der Erbschaftsteuer machen, gerecht und richtig ist. Wir haben klar und deutlich gesagt: Die Erbschaftsteuer gehört abgeschafft. Ich sage das auch in dem Bewusstsein, dass natürlich der Erwerb – wie es so schön heißt – leistungslosen Vermögens vielleicht aus Gerechtigkeitsgesichtspunkten anders betrachtet werden kann.

Meine Damen und Herren, ich komme jetzt wieder auf Bayern zurück. Wenn wir uns die Vermögensbilanz des Freistaates Bayern ansehen, müssen wir feststellen, dass wir zwar – und das ist wiederum positiv – keine neuen Schulden machen, sondern tendenziell sogar Schulden abbauen. Wir vermindern aber unser Vermögen, nämlich

erstens bei den Straßen, wo wir viel zu wenig tun, um den Substanzerhalt sicherzustellen, zweitens bei den Gebäuden – dort sieht es nicht viel besser aus – und drittens beim Pensionsfonds. Der Pensionsfonds bedeutet eine Schattenverschuldung, die uns irgendwann einmal einholt. Als viertes Beispiel nenne ich die BayernLB. Was immer in Vergessenheit gerät: Die Bank ist verschlankt worden. Wir haben uns von erheblichen Vermögensbestandteilen getrennt. Diese Bank war vor der Krise über 8 Milliarden Euro wert. Sie hat diesen Wert aktuell nicht mehr. Auch das muss man sehen. Das ist eine Verminderung unseres staatlichen Vermögens. Dies gehört ebenfalls in eine ehrliche Bilanz.

Meine Damen und Herren, der Herr Staatsminister hat vorhin gesagt, wir hätten für beide Haushaltsjahre zusammen Mehrforderungen in Höhe von 3,8 Milliarden Euro eingebracht. Er hat nicht ausdrücklich gefragt, aber zwischen den Zeilen war zu hören: Wo bleibt die Gegenfinanzierung? – Ich werde es Ihnen sagen. Wir haben – darin unterscheiden wir uns von dem einen oder anderen Kollegen in der Opposition – von Anfang an, Herr Staatsminister Söder, Ihre Klage gegen den Länderfinanzausgleich aus vollem Herzen unterstützt, und zwar nicht deshalb, weil wir Herrn Stoiber so dankbar sind. Es wäre ja schon fast eine schizophrene Haltung, etwas zu beklagen, was unser Urvater Edmund Stoiber so glänzend ausgehandelt hat. Die Klagebegründung würde ich so nicht verfassen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wenn Sie dem Bundesverfassungsgericht schreiben, der Vertrag, den wir jetzt als sittenwidrig oder aus sonstigen Gründen für nachbesserungsbedürftig halten, ist durch ein uns zuzurechnendes Organ, den damaligen Ministerpräsidenten, glänzend verhandelt worden, dann würde ich sagen: Volenti non fit iniuria – dem Willenden geschieht kein Unrecht. Ich weiß nicht: Wenn man sich prozessual richtig verhalten würde, müsste man den Länderfinanzausgleich eigentlich beklagen und deutlich machen, dass ihn Edmund Stoiber dilettantisch ausgehandelt hat. Eigentlich müsste man ihm gleich noch den Streit verkünden, falls es theoretisch noch persönliche Ansprüche

geben könnte. Wir wissen natürlich, dass der frühere Ministerpräsident unter dem staatlichen Schutz steht. Politisch müssen Sie mir aber recht geben: Eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht ist nur zu gewinnen, wenn man deutlich macht, dass Edmund Stoiber diesen Länderfinanzausgleich zum Nachteil des Freistaates Bayern ausgehandelt hat.

Jetzt sagen Sie, Herr Staatsminister: Na ja, Herr Stoiber habe nicht damit rechnen können, dass es Bayern so gut gehen wird. – Heißt das, dass es Bayern noch besser gehen würde, wenn Sie sich früher von Ihrem damaligen Ministerpräsidenten getrennt hätten? Ist der Grund dafür, dass es uns jetzt so viel besser geht, der, dass Stoiber nicht mehr da ist und zuerst Beckstein und dann Seehofer dieses Land regieren? Oder sagen Sie: Stoiber war nicht weitsichtig genug und konnte nicht erkennen, wie gut seine Nachfolger diesen Freistaat führen? -

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Herr Kollege, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Nein, bitte am Ende. - Ich meine, Sie müssen vor dem Bundesverfassungsgericht die Karten schon ehrlich und deutlich offenlegen. Der Länderfinanzausgleich ist damals dilettantisch verhandelt worden, und jetzt wollen wir Korrekturen.

Wir wollen Sie jetzt aber auch; denn wir diskutieren über das Thema Länderfinanzausgleich schon so lange, wie wir im Parlament sind, und das sind jetzt immerhin schon sechs Jahre. Wir haben mit dem Bundesverfassungsgericht ein Gericht, das Klagen zügig verhandelt. Außerdem haben Sie immer gesagt: Wenn wir klagen, haben wir in den Verhandlungen größere Druckmittel. Wir wollen jetzt also Ergebnisse sehen.

Ich sage Ihnen auch eines: Wenn Sie bereits ein belastbares Ergebnis auf den Tisch gelegt hätten, das uns pro Jahr um 2 Milliarden Euro entlasten würde - 2 Milliarden plus 2 Milliarden sind 4 Milliarden –, dann hätten Sie die 3,8 Milliarden Euro, die Sie vorhin aufgeführt haben, schon überkompensiert.

Wir haben aber auch noch andere Vorstellungen davon, wie wir den Freistaat Bayern auch langfristig erfolgreich halten und noch erfolgreicher machen. Wir danken dafür – jetzt danke auch ich einmal, Herr Kollege Bachhuber, aber an der richtigen Stelle –, dass die CSU-Fraktion und die SPD-Fraktion – die GRÜNEN konnten sich leider nicht anschließen – unsere Forderung nach gleichwertigen Lebensverhältnissen in ganz Bayern mitgetragen haben. Wir haben das gemeinsam in der Verfassung verankert. Das ist eine Forderung, die die FREIEN WÄHLER seit Jahrzehnten stellen, schon zu Zeiten, als wir noch gar nicht im Bayerischen Landtag waren. Aber das müssen wir jetzt umsetzen, das müssen wir realisieren. Wenn wir es realisieren, wenn wir gleichwertige Lebensverhältnisse schaffen, wenn wir die Regionen in Bayern stärken, dann werden wir noch erfolgreicher sein, weil vieles, was momentan nur in der Zentrale ankommt, in den Regionen besser angelegt wäre und dort besseren Ertrag brächte.

Wir wollen den zentralistischen Freistaat umbauen zu einem Freistaat der Regionen. Das schaffen wir natürlich nicht alleine; das müssen wir gemeinsam anpacken. Aber wir müssen es tun.

Jetzt werden Sie fragen: Wie machen wir das? Die zentrale Forderung bei einem Umbau dieses Freistaats heißt: Wir müssen die Kommunen stärken. Die Kommunen sind dezentral und wissen, wo örtlich der Schuh drückt. Die Kommunen können mit dem Geld zielgenau und regional richtig umgehen. Deswegen fordern wir für die Kommunen einen Anteil von 15 % am Allgemeinen Steuerverbund. Das hat nichts mit Ausgabenmehrung zu tun, sondern wir verteilen das Geld dorthin, wo es hingehört.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, das Geld dorthin geben, wohin es gehört: Was die Verteilung der Steuern angeht, ist gemäß dem Grundgesetz das Land der Treuhänder für die Kommunen. Die Länder bekommen Steuermittel, um den Kommunen deren Anteil weiterzugeben. Wir brauchen einen Anteil, der für die Kommunen auskömmlich ist, egal ob es sich um fette oder um magere Jahre handelt. Da reichen 12,75 oder 13 %

am Allgemeinen Steuerverbund nicht aus. Wir brauchen 15 %. Die kommunalen Spitzenverbände sehen das genauso.

Ich bin davon überzeugt: Wenn wir den Kommunen diese Mittel geben, damit sie nicht nur ihre Pflichtaufgaben erfüllen können, und wenn wir dann – daran werden wir im nächsten Jahr gemeinsam arbeiten – einen vernünftigen interkommunalen Finanzausgleich auf die Beine stellen, werden wir schon kurzfristig erste Erfolge und mittelfristig große Erfolge erzielen. Damit machen wir unseren bayerischen Staatshaushalt noch besser.

Das, meine Damen und Herren, wäre ein Ziel für 2030, aber nicht der plumpe Satz "2030 steuerfrei".

(Peter Winter (CSU): Steuerfrei? – Heiterkeit des Staatssekretärs Albert Füracker – Unruhe)

Herr Staatsminister Söder, wir wissen doch alle hier im Haus, dass wir den Freistaat Bayern in vier Wochen komplett schuldenfrei bekämen, wenn wir das gesamte Staatsvermögen an irgendeine Leasinggesellschaft verhökern würden. Dann mieten wir es zurück und sind plötzlich schuldenfrei. Gewonnen ist damit gar nichts. Da sind Programmsätze, aber nichts, was uns weiterhilft. Wir dürfen nicht nur auf die Schuldenseite schauen, sondern müssen auch die Vermögensseite sehen. Ich hoffe, dass wir uns in diesem Punkt einig sind.

Wir müssen die Kommunen stärken und genau das Gegenteil von dem tun, was Ihr inzwischen Gott sei Dank beerdigter Zukunftsrat immer gefordert hat: acht "Leuchttürme" in Bayern fördern. Für das flache Land waren nur Straßen und Schienen vorgesehen – Verbindungen in die Metropolen. Ansonsten sollte es nur Almosen geben. Das dürfen wir nicht tun.

Wir müssen uns daran messen lassen, ob wir gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern schaffen. Das ist schon seit vielen Jahren eine Forderung der FREIEN WÄHLER. Ich hoffe, dass sich dieses Haus diesem Verfassungssatz verpflichtet fühlt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben noch ein paar weitere Punkte zur Gegenfinanzierung genannt. Wir haben eine Nullrunde für die Ministerien verlangt, was Personal und Werbungskosten betrifft. Wir haben gesagt, dass wir die Gelder, die dort frei werden, in den Regionen ausgeben wollen, wo Beamte fehlen. Da kann man durchaus auch mit der einen oder anderen Umsetzung arbeiten oder Stellen nicht mehr neu besetzen. Wir haben das pauschal formuliert, weil wir keinen Sinn darin sehen, Ihnen genau diese oder jene Stelle wegzunehmen. Das ist eine Sache, die der jeweilige Ressortchef in eigener Verantwortung realisieren muss. Leider haben Sie auch diesem Vorschlag nicht zugestimmt.

Wir müssen an die Standards heran. Herr Kollege Muthmann hat gestern schon die Hochbauvorlage in Regensburg angesprochen. Was wir da gesehen haben, hat uns im Haushaltsausschuss schon sehr nachdenklich gemacht, über die Parteigrenzen hinweg. Ist es wirklich notwendig, dass wir doppelt und dreifach so teuer bauen, wie es bei Privatleuten der Fall ist? Dieser Frage werden und müssen wir intensiv nachgehen. Dazu werden auch externe Fachleute etwas im Bayerischen Landtag sagen. Es kann nicht sein, dass wir Baukosten von rund 5.000 Euro pro Quadratmeter finanzieren. Ich glaube, das hat allen Kollegen im Haushaltsausschuss – Herr Kollege Rudrof nickt – die Sprache verschlagen. Wir werden Aufklärung verlangen. Ich bin davon überzeugt, dass wir in diesem Bereich deutliche Reserven finden, die uns zu Einsparungen bringen.

Zwei Bemerkungen noch zum Haushaltsgesetz, die mir wichtig sind. Den ersten Punkt hat Herr Kollege Gehring vorhin angesprochen: das Problem der Zweitwohnsitze. Es kann nicht so bleiben, dass man Kommunen, die Einwohner mit Zweitwohnsitzen haben, zu Leibe rückt und sie krass beschneidet – und das Ganze nur deshalb, weil

man einen völlig unzureichenden Zensus gemacht hat. Dieser basiert auf völlig falschen Grundlagen mit der Konsequenz, dass Sie nun einen Soll-Stand und einen Ist-Stand an Einwohnern haben. Der Ist-Stand ist meist höher als der Soll-Stand. Da muss man doch wenigstens in der Lage sein, durch eine kleine Nachsteuerung die realistischen Einwohnerzahlen zu ermitteln.

(Beifall des Abgeordneten Thomas Gehring (GRÜNE))

Ein zweiter Punkt liegt mir wirklich sehr am Herzen. Es geht darum, dass im Einsatz verletzte Polizeibeamte nun Schmerzensgeld vom Staat bekommen, wenn der Straftäter kein Geld mehr hat. Wir haben gesagt: Streicht bitte die Bagatellgrenze. Es ist ja schön, dass eine langjährige Forderung der FREIEN WÄHLER im Grundsatz erfüllt wird, aber dann bleibt bitte nicht auf halber Strecke stehen, sondern erstattet diese Gelder ohne Wenn und Aber. Die Menschen haben für den Staat den Kopf hingehalten. Es ist nicht befriedigend und nicht akzeptabel, wenn man hier kleinlich ist und nichts gewährt, wenn der Betrag 500 Euro nicht überschreitet.

(Beifall bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Abschließend darf ich sagen, meine Damen und Herren: Es ist nicht alles an diesem Haushalt falsch. Da ist viel Richtiges dabei. Schade, dass den Änderungsanträgen nicht stattgegeben wurde. Aber wenn man Totalverweigerung betreibt, liebe Kollegen von der CSU, kann man halt auch nicht erwarten, dass von der anderen Seite Zustimmung kommt.

Eine Ausnahme gibt es, die möchte ich hier ausdrücklich erwähnen: Das ist der Justizhaushalt – Herr Kollege Bausback sitzt auf der Regierungsbank –, da ist es anders gelaufen. Zwar hat die CSU-Fraktion unseren Anträgen im Haushaltsausschuss nicht zugestimmt, aber es sind wenigstens in den Nachschublisten wesentliche Forderungen, die wir gestellt haben, umgesetzt worden. Dafür herzlichen Dank – Sie zeigen, dass es auch anders geht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Herr Pohl, bleiben Sie bitte noch am Rednerpult. Zu einer Zwischenbemerkung hat sich der Kollege Steiner gemeldet. – Bitte schön.

Klaus Steiner (CSU): Sie machen den damaligen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber dafür verantwortlich, dass er das seinerzeit ausgehandelt hat. Sie als Jurist kennen doch sicher aus dem Vertragsrecht, aus dem Zivilrecht den Begriff des Wegfalls der Geschäftsgrundlage. Sie wissen doch sehr genau, dass die Geschäftsgrundlage damals diejenige war, dass die Länder mit den Geldern, die sie bekommen, ihre Strukturen ändern, genau wie das früher Bayern gemacht hat. Mit der Unterstützung der anderen Bundesländer muss man etwas erreichen und darf nicht einfach Haushaltslücken abdecken. Das wissen Sie sehr genau. Darum lassen Sie diesen ständigen Verweis auf Edmund Stoiber.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das passt euch nicht, gell?)

Die Geschäftsgrundlage war eine ganz andere. Das kann man jetzt zwar hier nicht anwenden, aber Sie wissen ganz genau, um was es hier geht.

(Zurufe von der SPD - Unruhe)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Kollegen, Kollege Steiner hat das Wort!

Klaus Steiner (CSU): Sie wissen, dass die anderen Bundesländer, zum Beispiel Berlin, ihren Verpflichtungen nicht annähernd nachkommen, sondern mit bayerischem Geld, mit Ihrem Geld, mit unserem Geld, machen, was sie wollen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ändert es doch! Ihr regiert ja!)

Deswegen müssen wir das neu verhandeln.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Bitte schön, Herr Pohl.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Lieber Kollege Steiner, erstens einmal ist das, was Sie vorgetragen haben, arglistige Täuschung und nicht Wegfall der Geschäftsgrundlage. Zweitens muss ich Ihnen sagen: Sind Sie allen Ernstes so neu und blauäugig bzw. der Herr Stoiber, dass er dem Herrn Wowereit auf den Leim geht, der plötzlich etwas ganz anderes macht, als der Herr Stoiber geglaubt hat? Der Herr Stoiber hat also wohl geglaubt, dass der Herr Wowereit eine ganz sparsame Ausgabenpolitik betreibt und keine - wie hat das Herr Staatsminister Söder genannt - Schlabberlätzchen in Neukölln verteilt.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Wer hat geglaubt, dass die Landesbank etwas wert ist?)

Im Übrigen, ganz nebenbei: In Berlin regieren Sie zwischenzeitlich mit. Auch das muss man sagen. Wenn Sie mir heute sagen würden, dass Sie vor 25 Jahren nicht geglaubt hätten, dass ein Ministerpräsident der Linken in Thüringen drankommt, dann müsste ich sagen, das hätte ich mir auch nicht träumen lassen. Aber wenn man in der Politik für undenkbar hält, dass der eine oder andere Ministerpräsident es mit dem Sparen nicht so genau nimmt, um es einmal sehr vorsichtig zu sagen, frage ich mich, wer wie lange im Parlament ist. Dann komme ich mir als alter Hase und Sie kommen mir als Neuling vor.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER):
Bravo!)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Pohl. – Die nächste Rednerin ist die Kollegin Claudia Stamm. – Bitte schön!

Claudia Stamm (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrtes Hohes Haus, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von der CSU! Vermissen Sie eigentlich die FDP? Nach der gestrigen Pressemitteilung gab es klare Ansagen des ehemaligen haushaltspolitischen Sprechers der FDP. Wir haben uns über-

haupt nicht abgestimmt, aber seine Worte waren während der Haushaltsberatungen genau meine Worte.

(Zurufe: Oooh! – Peter Winter (CSU): Ihr seid die neue FDP!)

Ihr Haushaltsentwurf ist unsolid. Die Rücklagen schrumpfen trotz Steuermehreinnahmen, und zwar massiv. Die verdeckte Verschuldung steigt an. Der Plan, die Pensionsvorsorge durch Zinersparnis zu ersetzen, ist einfach gescheitert. Was ist seit der Ersten Lesung hier im Landtag passiert?

Erstens. Wir GRÜNE haben einen soliden Haushalt mit echten Prioritäten vorgelegt,

(Beifall bei den GRÜNEN)

umgeschichtet innerhalb des Haushaltsvolumens. Und wir bauen die verdeckte Verschuldung im Gegensatz zu Ihnen ab.

Zweitens. Es gab eine November-Steuerschätzung. Danach ist in der Staatsregierung nahezu Panik ausgebrochen. Man sieht, wie sehr der Entwurf der Staatsregierung auf Kante genäht ist.

Drittens. Im Ausschuss hatten wir intensive und volle Beratungstage.

Viertens. Die Töne des Finanzministers beim Länderfinanzausgleich sind um einiges kleinlauter geworden - und das ist gut so!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zum ersten Punkt: Unser Haushalt ist zukunftsgerichtet, nachhaltig und solide. Wir als Landtagsfraktion der GRÜNEN haben drei Schwerpunkte: Energiewende, die Bildung - dazu gehört auch die Vorschule - und die Inklusion. Um diese Schwerpunkte zu verwirklichen, sichten wir innerhalb des Haushalts um. Natürlich gibt es dabei auch Kürzungen, Dinge, die man dann streichen muss. Die Ministerin Aigner hat es zu Beginn der Beratung ihres Etats gesagt. Aber so sollte Politik gehen, und nur so kann

Politik gehen. Politik heißt, Prioritäten zu setzen, auch wenn man damit manchmal jemandem wehtun muss.

Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, haben weder den Gestaltungswillen noch die Gestaltungskraft, um alte Zöpfe abzuschneiden und damit eben wichtiges Neues entstehen lassen zu können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir hingegen fragen zuerst: Was kann der Staat leisten, was muss er leisten, und was ist die staatliche Aufgabe? Das sind die Fragen. Deswegen schichten wir auch innerhalb des Haushaltes um, insgesamt 1,6 Milliarden Euro zugunsten von Energiewende, Klima, der Zukunft unserer Kinder und der Mammutaufgabe Inklusion, wobei Inklusion eigentlich gar keine Mammutaufgabe ist; denn mehr Teilhabe bereichert uns alle. Sie bereichert die Gesellschaft. Sie würde auch Sie bereichern. Aber man muss die Inklusion wirklich wollen, und man muss konsequent handeln.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bei Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren der CSU, bleibt es bei politischer Rhetorik und haushaltspolitischer Kosmetik. Vor einem Jahr stand Ihr Ministerpräsident hier und gab große Versprechungen, die keineswegs durchfinanziert, geschweige denn durchgerechnet, geschweige denn finanziert waren. Und wenn Sie überall verkünden, dass in Ihrem Haushaltsentwurf 200 Millionen Euro in die Barrierefreiheit gesteckt wurden, nehmen Sie den Mund voll. Da haben wir genau hingeschaut und festgestellt, dass diese 200 Millionen Euro einfach Makulatur, eine Luftnummer sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn man genau hinschaut, dann ist es sogar richtig dreist. Wir haben mehrfach nachgefragt und dann auch die Bestätigung durch das Ministerium bekommen. Es sind genau 20 Millionen Euro, die Sie in diesem Doppelhaushalt frisch in die Barrierefreiheit stecken.

(Volkmar Halbleib (SPD): So ist es!)

Der Rest ist alter Wein in neuen Schläuchen. Es sind nicht einmal neue Schläuche, sondern Sie verkaufen einfach alles, wirklich alles, was bislang in die Behindertenarbeit gesteckt wurde, als Geld für die Barrierefreiheit, als Geld, das neu angesetzt wurde.

Wie wir inzwischen wissen, gab es offenbar einen relativ heftigen Streit im Kabinett. Es gab eine von zwei Ministerien abgestimmte Vorlage, die weit mehr Geld verlangte und auch beantragt hat, damit man einigermaßen in die Nähe des vom Ministerpräsidenten ausgegebenen Ziels der Barrierefreiheit 2023 kommt. Doch ein Finanzminister kann meiner Meinung nach das Einkassieren einer interministeriellen Vorlage von zwei Ministerien, Sozial- und Innenministerium, nicht allein bewerkstelligen. Das muss schon mit der Rückendeckung des Ministerpräsidenten passieren.

Was heißt das konkret? - Hier steht der Ministerpräsident, macht seine Regierungserklärung und macht seine Versprechen, dass es die Barrierefreiheit 2023 in Bayern geben wird, hier vor Publikum. Dann arbeiten zwei Ministerien an dem, was der Ministerpräsident versprochen hat, und wollen es umsetzen. Er merkt dann irgendwann im Laufe der Zeit, wieviel das inklusive der kommunalen Ebene kostet und was es bedeutet. Das hat er bei der Regierungserklärung versprochen. Das ist ein Teil des Streits gewesen. Bayern inklusive der kommunalen Ebene barrierefrei zu machen, ist eben nicht zum Nulltarif zu bekommen. Dazu braucht es einen politischen Willen, entsprechend aufgeschlossenes Handeln und Geld.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Beides haben wir mit unserem Haushalt geleistet, Sie nicht. Wir haben über 100 Millionen Euro pro Jahr in die Barrierefreiheit, in die Inklusion, gesteckt. Das heißt, Ihre versprochenen 200 Millionen Euro stecken bei uns im Haushalt drin, und zwar innerhalb des Haushaltes gegenfinanziert, Herr Finanzminister.

Zweiter Schwerpunkt: Bildung. Wir investieren in diesem Doppelhaushalt zusätzlich 270 Millionen Euro. Wir sorgen innerhalb des Haushalts für eine Gegenfinanzierung. Und warum? - Weil wir ganz klar für dieses Hohe Haus feststellen müssen, dass das, was Sie vorgelegt haben, eben nicht für die Bildung unserer Kinder ausreicht. Fakt ist, dass die zusätzlichen Lehrerstellen nicht ausreichen, um die Unterrichtsversorgung in den Schulen wirklich zu verbessern. Deswegen gibt es von uns ein Paket: Unterrichtsversorgung plus.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich kann es schier nicht mehr hören. Jedes Mal wird in der Debatte die berufliche Bildung hochgehalten. Wir als GRÜNE sollten nicht immer nur an das Gymnasium denken. Ich freue mich auch über unser duales System in Deutschland. Ich finde, es ist ein großartiges System. Tun Sie endlich etwas dafür und stimmen Sie unserem Antrag zu, Herr Steiner. Seit vier oder fünf Jahren beantragen wir jedes Mal 100 Stellen mehr für die berufliche Bildung, für die Berufsschulen, aber es passiert nichts auf Ihrer Seite.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Schwerpunkt Energiewende: Hier investieren wir zusätzliche 170 Millionen Euro. Das ist in unserem Haushaltsentwurf gegenfinanziert. Wir brauchen dieses Geld aus einem nachhaltigen, zukunftsgerichteten Haushalt. In die Energiewende zu investieren heißt, Arbeit in Bayern anzukurbeln. In die Energiewende zu investieren heißt, für die Zukunft unserer Kinder zu sorgen und uns unabhängiger von Rohstofflieferungen aus Krisenregionen zu machen.

In die Energiewende zu investieren - also endlich ordentlich Geld für die energetische Sanierung in die Hand zu nehmen - heißt, Energiekosten einzusparen. Dieses Geld, das wir durch die energetische Sanierung einsparen, haben wir bisher in unserem Haushaltsentwurf noch nicht berücksichtigt. Hier würden wir ein zusätzliches Plus verzeichnen können.

Wir sind es unseren Kindern schuldig, endlich das Ruder herumzureißen und die Energiewende voranzutreiben, die Gebäude wie den Haushalt "wetterfest" zu machen. Handeln Sie endlich! Mehr ehrliche Arbeit, weniger Blendwerk!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Generationengerechtigkeit? – Fehlanzeige! Bis zum Ende dieses Doppelhaushaltes wird die Pensionsvorsorge mit 2,1 Milliarden Euro unterfinanziert sein. Nur bei diesem laufenden Doppelhaushalt! Die geradezu panische Reaktion auf die neueste Steuerschätzung vom Herbst hat dies gezeigt. Der Kollege Thomas Mütze hat es vorhin erwähnt. Wir reden nicht von einem Einbruch der Steuereinnahmen, sondern wir reden lediglich davon, dass die Steuermehreinnahmen weniger geworden sind. Es geht um rund 800 Millionen Euro weniger Steuermehreinnahmen. Klar und deutlich noch einmal: Es werden nicht gut 5 Milliarden Euro Mehreinnahmen in die Staatskasse gespült werden, sondern lediglich 4,2 Milliarden Euro. Zusätzlich! Und schon kommt Panik auf.

Der Ministerpräsident hat gesagt, man müsse alles noch einmal überdenken. Es ist dann allerdings nicht wirklich etwas passiert, außer dass das sehr billige Rezept der Minderausgaben auf den Tisch gelegt wurde. Der Haushalt ist auf Kante genäht; er ist weder solide noch zukunftsfest. Das hat man an dieser panischen Reaktion genau gesehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das liegt daran, dass Sie die Staatsausgaben seit 2008 um 37 % erhöht haben. Sie geben jeden Euro, der in die Kasse fließt, gleich wieder aus.

Ich frage mich, Herr Finanzminister: Warum so kraftlos? Ein guter Finanzminister würde einerseits nach Aufgabenkritik streichen und andererseits mehr Geld dort ausgeben, wo man Prioritäten identifiziert hat. Tun Sie das endlich! Auch in einem ganz anderen Punkt ist dieses Haushaltsgesetz längst Makulatur. Für die zweite Stammstrecke in Form der zweiten Röhre sind 1,95 Milliarden Euro angesetzt.

(Zurufe von der CSU: Bravo!)

Bereits im Juli aber hat die Deutsche Bahn von Kosten in Höhe von 2,57 Milliarden Euro gesprochen. Heute verabschieden wir ein Haushaltsgesetz, in dem 1,95 Milliarden angesetzt sind. Welche Zahlen stimmen nun? Wie können Sie sich erklären, dass diese Stammstrecke so viel mehr kostet, als im Haushaltsgesetz ausgewiesen ist?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, hören Sie endlich auf, so polemisch auf den Berliner Flughafen zu verweisen. Die zweite Stammstrecke wird seit den Neunzigerjahren diskutiert. Wirtschaftsminister Wiesheu, den ich hier nicht erleben durfte, weil ich damals noch nicht Mitglied des Hohen Hauses war, hat vor zehn Jahren gesagt: Die Stammstrecke kommt. Sie sollte vor vier Jahren bereits fertig sein. Also in der Vergangenheit! Er wollte sie 2010 eröffnen. Der jetzige bayerische Verkehrsminister Joachim Herrmann rechnete mit dem frühestmöglichen Baubeginn Ende 2013. Wo stehen wir jetzt? Weder der Baubeginn geschweige denn die Fertigstellung ist in Sicht.

Eigentlich muss man sagen, das ist gut so; denn käme die zweite Stammstrecke in Form eines Tunnels, könnte kein anderes Projekt in irgendeiner Region Bayerns finanziert werden. Da wundert mich schon, dass die restlichen CSU-Abgeordneten sich das gefallen lassen.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Mit diesen geplanten Stammstreckenmitteln blockieren Sie die Haushaltsreste seit mehr als zehn Jahren für andere, sinnvollere Maßnahmen. Es geht nichts voran, vor allem nicht für die Pendlerinnen und Pendler in und um München. Wir wollen, dass endlich etwas passiert. Also gehen Sie an eines der Alternativprojekte heran!

Im Haushaltsausschuss haben wir lange und intensiv getagt. Herr Peter Winter, vielleicht können Sie an dieser Stelle einmal kurz zuhören, denn jetzt kommt ein Lob.

(Zuruf des Abgeordneten Peter Winter (CSU))

Es gab viel Arbeit, besonders auch für Frau Fecke und Frau Bereczuk, aber auch für das übrige Team im Ausschussbüro. Vielen herzlichen Dank dafür. Dank auch dem Vorsitzenden Peter Winter und seinem Stellvertreter Volkmar Halbleib. Vorsitzender Winter hat die Sitzungen meist sehr souverän geleitet. Ich sage meist; denn es war etwas anders, als ein Mitglied aus seiner Fraktion einmal ausscherte und sich nicht so verhielt, wie erwartet wurde. Bei den Beratungen über den Bildungshaushalt hatte er kurz einmal die Contenance verloren, obwohl das Ausscheren der Kollegin ein ganz normales, demokratisches Prozedere war.

Nicht ganz so demokratisch ist Ihr Umgehen mit der sogenannten Fraktionsreserve, dem eigentlichen "Spielgeld" der Fraktion. Was Sie damit machen, ist eine Vermischung von Exekutive und Legislative. Das entspricht keineswegs der Gewaltenteilung. Wir, der Landtag, sind der Geldgeber. Das ist unser Königsrecht. Ich finde, Sie sollten sich und uns damit nicht so kleinmachen. Hören Sie endlich auf, von Fraktionsreserve zu sprechen! Diese Mittel sind keine Reserve der Fraktion, sie sind das Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler und ein Bestandteil des Haushalts.

(Beifall bei den GRÜNEN – Peter Winter (CSU): Richtig!)

Vor allem wünsche ich mir, dass Sie endlich den Landtag respektieren und sich nicht schon, bevor wir den Haushalt beschlossen haben, in der Region für diese Kleinstsummen feiern zu lassen, indem Sie davon reden, dass eine Finanzierung durch die Fraktionsreserve gesichert sei. Es heißt in den Erläuterungen zu Kapitel 13 03 Titel 893 06 "Verstärkung von Investitionsmaßnahmen": "Die Mittel sollen erst im Rahmen der Haushaltsberatungen auf konkrete Maßnahmen verteilt werden."

Sie als CSU verleiben sich diese 50 Millionen ein und suggerieren, dass das Geld Ihnen gehöre. Wenn schon, dann ist das eine Landtagsreserve.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zurück zur Danksagung. Ich will mich vor allem auch bei meiner Fraktion bedanken, die stets den ganzen Haushalt im Blick hatte. Wir haben solide gehaushaltet und die solide Gegenfinanzierung immer im Auge behalten. Vielen Dank!

Ein Wort nun zu den Bund-Länder-Finanzbeziehungen. Was haben wir bisher erlebt? – Einen polternden Finanzminister, der manchmal die politischen Gremien hier im Hohen Haus, manchmal auch den Ausschuss mit einem Bierzelt verwechselt hat. Wir erlebten einen Finanzminister, der sich schon einmal mit seinen Forderungen außerhalb des Grundgesetzes bewegt hat, indem er sagte, Bayern dürfe künftig lediglich 1 Milliarde Euro und keinen Cent mehr beim Länderfinanzausgleich leisten. Herr Minister, auch wenn es Ihnen schwerfällt, das endlich anzuerkennen: Das System des Finanzausgleichs hat nichts mit den Zahlungen eines Landes zu tun, auch nicht mit Bobby-Car oder Maxi-Cosi-Geschenken. Lieber Herr Finanzminister, es hätte Ihnen gut angestanden, den Fehler einzugestehen, statt heute von Lätzchen zu reden, die das Rathaus Neu-Kölln verteilt. Es hat definitiv nichts mit den Ausgaben eines Landes zu tun, sondern lediglich mit den Einnahmen. Ich habe gehofft, die Reise nach Berlin hätte einen Erkenntnisgewinn für den Finanzminister gebracht. Dem war nicht so, aber egal. Es hat dazu geführt, dass wir letzte Woche im Ausschuss einen kleinlauteren Finanzminister beobachten konnten, auch wenn wir da immer noch nicht von einem konkreten Konzept gehört haben.

Eines ist klar – das wollen wir alle hier im Hohen Hause, und das haben wir mehrfach betont: Der Länderfinanzausgleich muss einerseits reformiert werden, und Bayern muss und sollte entlastet werden. Nehmer- wie Geberländer müssen einen größeren Anreiz haben, Steuern einbehalten zu können. Bayern muss seine Steuerverwaltung endlich besser ausstatten und darf sie nicht wissentlich unterbesetzt lassen.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Andererseits müssen eben die Nehmerländer mehr Interesse haben, Einnahmen zu generieren. Aber es reicht nicht, wie im Bierzelt zu poltern oder eine Klage einzureichen à la "ich will aber" und vielleicht noch mit dem Fuß aufzustampfen. Man sollte vielmehr in Verhandlungen eintreten und die anderen Verhandlungspartner ernst nehmen. Im Grunde sind wir uns einig: Oberstes Prinzip muss sein, solidarisch mit den anderen Ländern zu sein. Das steht im Grundgesetz, das steht aber auch in der Klage, die Sie eingereicht haben. Ich kann es hier noch einmal klar und deutlich sagen, nachdem ich vorhin schon indirekt angesprochen wurde: Ziehen Sie die Klage endlich zurück und machen Sie den Weg frei für Verhandlungen auf gleicher Augenhöhe und partnerschaftliche Verhandlungen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Denn was passiert mit einer Klage? Sie haben im Ausschuss gesagt, Herr Söder, Sie rechnen im Frühjahr mit einer ersten mündlichen Verhandlung in Karlsruhe. Doch ein Konzept wird Karlsruhe nicht vorlegen. Das wird, sollte und darf auch nicht herauskommen, weil es nicht die Aufgabe des Bundesverfassungsgerichts ist. Hier muss die Politik das Heft des Handelns in der Hand haben. Wir, die Politik, und Sie als Staatsregierung sollten ein Konzept vorlegen. Wir sollten neue Kriterien festlegen, wie es zu einem gerechteren Länderfinanzausgleich kommen kann.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir als GRÜNE hatten schon vor Jahren ein Konzept vorgelegt. Sie dagegen haben nur geklagt, ohne Konzept. Der kleinlaute Ton, den der Finanzminister in der vergangenen Woche angeschlagen hat, ist angemessen. Wenn wir etwas für Bayern tun wollen, wenn wir für Bayern etwas bewegen wollen, dann ist das der richtige Ton.

Zum Finanzausgleichsgesetz. - Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der CSU, sehr geehrte Staatsregierung, es nützt auch nicht so viel, sich selber auf die Schulter zu klopfen oder zu sagen: So viel Geld haben wir für die Kommunen noch nie ausgegeben.

(Barbara Stamm (CSU): Das stimmt aber!)

Denn was ist passiert? Wenn die Kommunen 8,3 Milliarden Euro durch den Finanzausgleich bekommen, dann ist das nichts anderes als der Anteil, der den Kommunen zusteht, wenn es nun einmal Steuermehreinnahmen gibt, wenn die Steuern sprudeln. Anders gesagt: Wovon der Staat profitiert, müssen auch die Kommunen profitieren. Tatsache ist, dass Sie grundsätzlich nichts tun, um die Finanzkraft der Kommunen zu verbessern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir wollen weg vom "goldenen Zügel" hin zu einer besseren Grundausstattung. Wir fordern, den Anteil am Steueraufkommen für die Kommunen schrittweise auf 15 % anzuheben.

(Beifall bei den GRÜNEN – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Bravo!)

Mit unserem "grünen Haushalt" tun wir das, aber ebenfalls gegenfinanziert und moderat. Der Unterschied, lieber Hubert Aiwanger, besteht darin, dass wir nur um 0,2 Prozentpunkte anheben, damit es gegenfinanziert ist.

(Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Lieber geschätzter Kollege Bachhuber, mit dem Finanzausgleichsgesetz soll festgelegt werden, dass die Nebenwohnungen in fünf Jahren bei den Schlüsselzuweisungen nicht mehr berücksichtigt werden. Was bedeutet das eigentlich für die Kommunen, insbesondere für die Kommunen in den Tourismusgebieten? Haben Sie sich das schon mal überlegt? Haben Sie es solide durchgerechnet? Sie müssen ehrlich sagen, was es für diese Kommunen bedeutet, und zwar bevor man es ins Gesetz schreibt. Sehr geehrter Herr Dr. Söder, falls diese Berechnungen schon irgendwo in Ihrem Hause sind, dann würden wir sie gerne schnell und unverzüglich auch haben. Was wir aber insgesamt nicht wollen: Wir wollen weg von der unseligen CSU-Töpfchen-Wirtschaft, wo am Ende Straßen mit 90 % bezuschusst werden und Schulen mit 35 %.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Den Schwerpunkt auf Bildung zu legen, sieht anders aus. Den Haushalt zukunftsgerichtet und wetterfest zu machen, sieht auch anders aus. Wir als grüne Fraktion haben bei diesem Doppelhaushalt gezeigt, was es heißt, Schwerpunkte zu setzen, einen Haushalt gerechter und generationengerecht zu machen. Es würde Ihnen gut anstehen, uns nicht nur für unser solides Haushalten zu loben – da wollte ich Ministerin Aigner ansprechen –, sondern anzuerkennen, dass wir gegenfinanzieren, und dem einen oder anderen unserer Anträge zuzustimmen. Das würde auch Ihren Haushaltsentwurf wetterfester machen.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN – Beifall des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Frau Kollegin Stamm. Nächster Redner ist Kollege Winter. Bitte schön, Herr Winter.

Peter Winter (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich, dass wir nach den Beratungen in vier arbeitsintensiven Sitzungswochen im Haushaltsausschuss diesen in die Zukunft gerichteten, krisen- und wetterfesten Doppelhaushalt 2015/2016 beschließen können.

(Beifall bei der CSU)

Ich bin sehr gelobt worden, und ich möchte dieses Lob uneingeschränkt an meinen Stellvertreter im Ausschuss, Herrn Kollegen Halbleib, wie auch an alle Kolleginnen und Kollegen weitergeben. Wir haben in zehn Sitzungen und rund 42 Stunden Sitzungszeit in der Sache oft strittig, aber ich denke menschlich fair und konstruktiv zusammengearbeitet. Deshalb danke ich allen Mitglieder des Haushaltsausschusses herzlich.

(Beifall bei der CSU)

Mein Dank gilt auch unserem Finanzminister, seinen beiden Staatssekretären, aber auch den Mitgliedern des Kabinetts für ihre hohe Präsenz bei den Beratungen. Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Ausschussbüros, der Fraktionen sowie der Ministerien danke ich für die gute Vorbereitung der Sitzungen. Ich danke unserer Präsidentin für die Stärkungen, die sie uns hat zukommen lassen. Ich bedanke mich auch ganz herzlich beim Stenografischen Dienst; denn wir reden auch sehr viel. Das soll festgehalten werden und muss eben auch umgesetzt werden.

(Allgemeiner Beifall)

Ich bedanke mich vor allem bei den Steuerzahlern, bei den fleißigen Bayern, ohne deren Einsatz wir heute hier diese Debatte nicht führen könnten.

(Beifall bei der CSU und der SPD)

Wir haben neben dem Haushaltsgesetz und dem Finanzausgleichsänderungsgesetz auch 15 verschiedene Einzelpläne beraten. Dabei musste der Haushaltsausschuss rund 490 Änderungsanträge und die stattliche Zahl von 33 Eingaben bewältigen. Die CSU-Fraktion hat dabei, und zwar sehr selbstbewusst, mit 63 eigenen Anträgen deutliche Akzente im Doppelhaushalt gesetzt, und sie fanden in der Regel auch die Zustimmung des gesamten Haushaltsausschusses.

Ich habe in meiner Rede zur Einbringung des Doppelhaushaltes die Kolleginnen und Kollegen im Haushaltsausschuss gebeten, dass man während der Beratungen doch auch Gegenfinanzierungsvorschläge machen sollte. Wenn ich mir jetzt aber die über 400 Änderungsanträge der Opposition zum Doppelhaushalt 2015/2016 ansehe, muss ich leider feststellen: Mein Appell hat wenig gefruchtet. Die Devise der Opposition lautet eigentlich wie immer und jedes Mal: Fordern, fordern, fordern – ohne geeignete Vorschläge zur Gegenfinanzierung zu machen.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Frau Kollegin Stamm, wir sind durchaus nicht immer derselben Meinung. Das wäre der Sache auch nicht zuträglich. Aber ich muss Sie an dieser Stelle einmal loben - das fällt mir nicht leicht, aber ich tue es trotzdem von ganzem Herzen -, und zwar dafür, dass Sie sich bei Ihren Anträgen überhaupt irgendwelche Gedanken zur Gegenfinanzierung gemacht haben. Nicht loben kann ich Sie allerdings für Ihre Vorschläge zu Kürzungen und Umschichtungen. Sie wollen das Landeserziehungsgeld abschaffen, keine Schulden tilgen, sondern das Geld dem Pensionsfonds zuführen, die Mittel für den Staatsstraßenbau um insgesamt 180 Millionen Euro kürzen und das Darlehen vom Flughafen München bereits im nächsten Jahr zurückfordern. Hier, liebe Frau Stamm, liegen wir deutlich auseinander. Das Landeserziehungsgeld ist eine feste Säule der bayerischen Familienleistungen.

(Beifall bei der CSU)

Es schließt sich unmittelbar an das Bundeselterngeld an und sichert die Wahlfreiheit der Eltern zwischen Familienarbeit und Erwerbstätigkeit. Deswegen lehnen wir eine Abschaffung des Landeserziehungsgeldes kategorisch ab.

Wir bedenken beides, Herr Güller: den Pensionsfonds und die Schuldentilgung. Wir stärken den bereits nahezu zwei Milliarden schweren Pensionsfonds durch jährliche Zuführungen in Höhe von rund 100 Millionen Euro

(Volkmar Halbleib (SPD): Statt 500 Millionen!)

und bauen konsequent die Schulden des Freistaates Bayern ab. So geht Politik, Frau Stamm.

(Beifall bei der CSU)

Gerade weil wir durch den Schuldenabbau Schuldzinsen sparen, können wir diese Ersparnisse für die Pensionszahlungen einsetzen. Das sind unsere zwei nachhaltigen Säulen der Pensionsvorsorge. Zuführungen an den Pensionsfonds auf Kosten der Schuldentilgung halten wir auch angesichts des aktuellen Niedrigzinsniveaus für den

schlechteren Weg. Besser ist es tatsächlich, Schulden abzubauen und reale Sollzinsen zu sparen, als sich mit kaum wahrnehmbaren Habenzinsen zu begnügen.

Zur Stärkung der bayerischen Infrastruktur gerade auch im ländlichen Raum – das wurde heute schon mehrfach angesprochen – sind die Mittel für den Straßenausbau auf dem hohen Niveau von aktuell 250 Millionen pro Jahr fortzuführen. Eine Kürzung dieser Investitionsmittel, wie von Ihnen gefordert, lehnen wir ab. Das Gesellschafterdarlehen der Flughafen München Gesellschaft ist zur Finanzierung der zweiten Stammstrecke in München vorgesehen. Eine vorzeitige Darlehensrückforderung ist zur Gegenfinanzierung nicht geeignet. Deshalb lehnen wir auch dies ab.

Wir halten deshalb von Ihren Kürzungsvorschlägen wenig. Aber selbst wenn man diese Vorschläge akzeptieren würde, wären immer noch rund 600 Millionen Euro der Mehrforderungen des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN eben nicht gegenfinanziert. Wenn Sie behaupten, der gesamte Haushalt wäre gegenfinanziert, dann bin ich gerne bereit, Ihnen anhand der gedruckten Vorlagen zu beweisen, dass 600 Millionen nicht gegenfinanziert sind.

Ungekrönte Meister der ungedeckten Schecks sind mit weitem Abstand die FREIEN WÄHLER. Ihre Forderungen zum Doppelhaushalt 2015/2016 belaufen sich auf insgesamt rund 3,8 Milliarden Euro.

(Hans Herold (CSU): Wahnsinn!)

Lieber Herr Kollege Pohl, ich frage Sie, wo denn dieses Geld herkommen soll. In welchem Keller lagert die Kohle, Herr Pohl? – Er ist nicht da, sehe ich soeben. Wahrscheinlich ist er gerade unterwegs und sucht sie.

(Beifall bei der CSU)

Beispiel für die Forderungen der FREIEN WÄHLER – auch das wurde angesprochen – ist ein besonders aussagekräftiger Antrag: Wenn wir den Kommunalanteil am allgemeinen Steuerverbund von derzeit 12,75 % auf 15 % in einem Schritt anheben wür-

den, würde das den Freistaat Bayern rund 640 Millionen Euro im Jahr 2015 und rund 660 Millionen Euro im Jahr 2016 kosten.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das wäre aber gut angelegt!)

Insgesamt würde uns das 1,3 Milliarden Euro kosten.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Bei den Gemeinden wäre das besser angelegt!)

Herr Aiwanger, das wäre vielleicht gut angelegtes Geld, aber dann müssten Sie Schulden aufnehmen. Mehr fällt Ihnen leider zur Situation der Kommunen nicht ein. Das ist sehr, sehr wenig, lieber Herr Aiwanger.

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das bedeutet weniger Nothilfeprogramme!)

Fordern ist einfacher, als die Zeche zu bezahlen, lieber Herr Aiwanger. Da seid ihr große Meister.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Geben ist seliger denn nehmen!)

Dann halten Sie sich einmal zurück und hören Sie zu. Das passt weder zu den aktuellen Ergebnissen der November-Steuerschätzung noch zum neuerlichen Rekordergebnis beim kommunalen Finanzausgleich 2015, der im Übrigen von allen kommunalen Spitzenverbänden Lob erfährt. Wir haben mit rund 8,3 Milliarden Euro erneut ein absolutes Rekordniveau beim kommunalen Finanzausgleich. Es bestehen keine Verteilungslasten und kein Defizit zulasten der bayerischen Kommunen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Warum sagen Sie es dann?)

Die Ausgaben des Freistaates Bayern sind im Zehnjahreszeitraum zwischen 2004 und 2014 um 39,8 % gestiegen. Die Leistungen des Freistaates Bayern an seine Kommu-

nen sind dagegen um 68,6 % gestiegen. Das widerlegt alles, was Sie uns mantrahaft hier immer vortragen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Die Pflichtaufgaben der Kommunen sind noch stärker gestiegen!)

Wir stärken unsere Kommunen. Dafür brauchen wir aber auch einen starken Freistaat.

(Beifall bei der CSU)

Im Übrigen brauchen wir keine Nachhilfe in Sachen Kommunalfreundlichkeit und schon gar keine in schlicht nicht finanzierbaren Forderungen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Doch! Doch!)

Ansonsten – Herr Pohl ist nicht da – entscheiden wir frei, wo wir zustimmen und wo wir nicht zustimmen können. Auch das sei ihm mit auf den Weg gegeben.

Die FREIEN WÄHLER fordern viel und gerne, aber über die Finanzierung sollen sich offenbar die anderen den Kopf zerbrechen. Die FREIEN WÄHLER tun so, als könnten sie alles. Eine solide und nachhaltige Finanzpolitik, Herr Aiwanger, können Sie jedenfalls nicht.

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): So gut wie Sie schon!)

Wie sieht es bei der SPD aus, lieber Herr Kollege Halbleib?

(Dr. Herbert Kränzlein (SPD): Sehr gut!)

Ein Spiegel würde helfen. Die Mehrforderungen der SPD zum Doppelhaushalt 2015/2016 belaufen sich auf insgesamt rund eine Milliarde Euro. Ich gebe zu, das ist gegenüber früheren Doppelhaushalten vergleichsweise bescheiden für euch.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das sind gerade einmal die Zinsen für die Landesbank!)

Sieht man aber die Rückforderung des Flughafendarlehens als ungeeignete Gegenfinanzierung an, wären wir sogar bei rund 1,25 Milliarden Euro ohne jegliche Deckung.

(Widerspruch bei der SPD)

- Bereinigt, Kollegen! Bei dieser Berechnung sind die von der SPD beantragten Steuermehreinnahmen durch die gleichzeitig geforderten tausend Stellen für Finanzbeamte aus zwei Gründen nicht berücksichtigt. Zum einen müssten die zusätzlichen Finanzbeamten erst einmal durch den Freistaat ausgebildet werden, bevor sie im Finanzamt eingesetzt werden können. Der Kollege Hans Herold hat darauf hingewiesen. Es sind 2.000, die wir derzeit ausbilden.

(Inge Aures (SPD): Viel zu wenig!)

Zum anderen lassen sich die Mehreergebnisse nicht einfach hochrechnen, wie Sie es gerne tun.

(Volkmar Halbleib (SPD): Doch, die sind konservativ geschätzt!)

Über 80 % der Mehreergebnisse stammen aus der Prüfung der großen Fälle, die bereits jetzt lückenlos geprüft werden. Unterstellen Sie nicht ständig und permanent den kleinen Unternehmen, dass sie ihre Steuern nicht bezahlen würden und Dinge machen, die nicht in Ordnung sind.

(Beifall bei der CSU – Dr. Herbert Kränzlein (SPD): Die Kleinen weniger, aber die Großen!)

Auch die SPD kann vor allem eines: Sie kann uns erklären, wo im Haushalt die Mittel sind. Gleichzeitig kann sie aber keine geeigneten Vorschläge zur Finanzierung ihrer Mehrforderungen machen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Weil Sie sie nicht akzeptieren!)

Ich gebe gerne zu, dass an einigen Stellen noch mehr Mittel wünschenswert wären. Wir müssen aber selbst bei einem so glänzenden Haushalt mit den finanziellen Möglichkeiten auskommen, Herr Kollege Halbleib. Wir können das – das zeigt unser Haushalt – bei gleichzeitigem Schuldenabbau. Sie können das offensichtlich nicht.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Rücklagen abbauen!)

- Herr Aiwanger, Rücklagen müssen erst geschaffen werden, bevor man sie abbaut.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Die stammen von Ihrem Vorgänger, und Sie schmelzen alles wieder ab! – Hans Herold (CSU): Erst hören, dann stören!)

Wir führen eine Luxusdiskussion. Suchen Sie sich in dieser Republik einmal Länder, die überhaupt eine Rücklage haben, die sie zur Verstärkung einsetzen können. Lassen Sie es doch sein. Vor allem im Interesse der bayerischen Bürgerinnen und Bürger nehmen wir uns kein Beispiel an Ihnen. Bayern ist und bleibt das Land mit den solidesten Staatsfinanzen in Deutschland. Daran ändert sich auch nichts, wenn ständig von der versteckten Verschuldung geredet wird. Offenbar geht es nicht darum, unsere solide Finanzpolitik einmal zu loben. Man hat keine Alternativen, also redet man unsere Finanzpolitik permanent schlecht, obwohl wir einen guten, ausgeglichenen und wirklich hervorragenden Haushalt haben, der unsere Menschen in Bayern nach vorne bringt.

(Volkmar Halbleib (SPD): Ihr wurdet mehrfach gelobt! Zuhören, Herr Kollege! Mehr Lob kann ich nicht mehr aussprechen!)

Wir nehmen im Doppelhaushalt 2015/2016 erneut keine neuen Schulden auf und bauen sogar weitere Schulden in Höhe von insgesamt 1,05 Milliarden Euro ab. Insgesamt sind das rund 3,6 Milliarden Euro weniger Schulden in fünf Jahren, nämlich von 2012 bis 2016. Würden wir dagegen allen Anträgen der Opposition zustimmen, dann würden wir diese Schulden sofort wieder aufbauen, und zwar in nur zwei Jahren. Wir geben nur das aus, was wir erwirtschaftet haben.

Der Doppelhaushalt 2015/2016 hält weiter alle finanzpolitischen Leitlinien ein, die wir im Mai mit der Staatsregierung vereinbart hatten. Das Ausgabenwachstum ist auf maximal 3 % pro Jahr begrenzt. Der Haushaltsplan weist einen positiven Finanzsaldo aus. Die laufenden Einnahmen sind höher als die laufenden Ausgaben, und das bereits im Haushaltsplan.

Anders als die Luftschlösser der Opposition, die immer mehr fordert, als sich finanzieren lässt, realisieren wir das tatsächlich Machbare. Wir sehen es als unsere Aufgabe an, im Sinne der Generationengerechtigkeit stets das fachlich Wünschenswerte mit dem finanziell Machbaren in Einklang zu bringen. Wenn wir zu den rot- oder grün-regierten Ländern blicken, können wir Folgendes feststellen: Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD und den GRÜNEN, diese Fähigkeit fehlt Ihnen nicht nur in Bayern. So plant Baden-Württemberg in diesem Jahr eine Neuverschuldung von rund 1,2 Milliarden Euro, bei sprudelnden Steuereinnahmen und guten wirtschaftlichen Bedingungen. Das Land Rheinland-Pfalz wird im Jahr 2014 rund 1,1 Milliarden Euro neue Schulden machen. In Nordrhein-Westfalen wird es sage und schreibe 3,3 Milliarden Euro an neuen Schulden geben. Das zeigt: Sie können das Geld mit vollen Händen ausgeben, aber nicht haushalten. Das muss ich feststellen.

(Beifall bei der CSU)

Andere Länder machen Schulden. Wir schaffen durch unseren Schuldenabbau Freiräume für Bayerns Zukunft. Mehr Schulden – weniger Gestaltungsspielraum. Schuldzinsen sind Vergangenheitsbewältigung. Wir gestalten lieber die Zukunft der Bayern. Bayern ist bei den wirtschaftspolitischen Rahmendaten bundesweit Spitze. Wir hatten im November mit 3,4 % wieder die niedrigste Arbeitslosigkeit in Deutschland. Sechs unserer sieben Regierungsbezirke hatten eine Quote von unter 4 %. Auch Mittelfranken liegt mit einer Quote von 4,4 % weit unter dem Bundesdurchschnitt von 6,3 %. Die geringe Spreizung von lediglich 1,4 % im Vergleich unserer Bezirke zeigt die Erfolge bei der Herstellung von gleichwertigen Lebensverhältnissen in ganz Bayern. Ein Blick

auf die Eckdaten des Doppelhaushalts 2015/2016 zeigt, dass wir unseren Wählerauftrag verantwortungsvoll wahrnehmen.

(Beifall bei der CSU)

Die Gesamtausgaben steigen im Jahr 2015 auf 51 Milliarden Euro; das ist eine Steigerung um 2,6 %. Durch diesen begrenzten Ausgabenanstieg wappnen wir den bayerischen Staatshaushalt für die Zukunft. Wir halten unsere finanzpolitischen Leitlinien ein und setzen zugleich Schwerpunkte für die Familien, die Bildung und den digitalen Aufbruch.

Eine gute Bildung ist die Voraussetzung für Arbeit, Wohlstand und soziale Sicherheit. Daher ist die Bildung ein absoluter Schwerpunkt dieses Doppelhaushalts. Die Ausgaben für unsere Schulen und Hochschulen steigen von rund 17,2 Milliarden Euro im Jahr 2014 auf rund 17,7 Milliarden Euro im Jahr 2015. Im Jahr 2016 werden für die Bildung rund 18 Milliarden Euro zur Verfügung stehen. Das ist mehr als ein Drittel unseres gesamten Staatshaushalts.

(Beifall bei der CSU)

Wir stellen im Doppelhaushalt insgesamt zusätzliche Mittel in Höhe von 1,4 Milliarden Euro für die Bildung bereit, damit Bayern das Top-Bildungsland in der Bundesrepublik Deutschland bleibt.

Die Familien sind die Keimzellen unserer Gesellschaft. Wir investieren deshalb mehr als 3 Milliarden Euro pro Jahr in familienbezogene Leistungen. Allein für die Förderung der Kinderbetreuung sowie für die Beitragsentlastung der Eltern sind im Jahr 2015 rund 1,67 Milliarden Euro vorgesehen. Ergänzend zum Krippenausbau bauen wir die Ganztagsangebote an den Grundschulen aus, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter zu verbessern.

Mit der Umsetzung unserer Strategie "BAYERN DIGITAL" fördern wir den digitalen Aufbruch in Wirtschaft und Wissenschaft. Im Doppelhaushalt sind dafür Mittel in Höhe

von insgesamt gut 430 Millionen Euro vorgesehen, davon 350 Millionen Euro für den flächendeckenden Breitbandausbau. Damit rüsten wir Bayern für das digitale Zeitalter. Man kann den Staatsminister der Finanzen und sein Haus für den Gedanken, diese Aufgabe bei den Vermessungsämtern anzusiedeln, nur loben. Man spürt und merkt, dass die Digitalisierung in Bayern greifbar vorangeht.

(Beifall bei der CSU)

Die CSU-Fraktion hat im Rahmen der Haushaltsberatungen eigene Akzente gesetzt, insbesondere für die Barrierefreiheit und die Bildung. Wir haben mit einem Gesamtvolumen von über 50 Millionen Euro wesentliche Punkte für die Entwicklung des Freistaats auf den Weg gebracht. Wir wollen, dass Bayern bis zum Jahr 2023 barrierefrei wird. Das ist aber eine gesamtgesellschaftliche, gemeinschaftliche Aufgabe. Jeder muss dazu seinen Beitrag leisten. Wir wollen dabei als Staat in unserem Aufgabenbereich als Vorbild vorangehen. Wir werden uns in einem ersten Schritt auf die drei Handlungsfelder Mobilität, Bildung und staatliche Gebäude konzentrieren.

Zum Abbau der Barrieren für Menschen mit Behinderung haben wir über die Initiativen unserer Fraktion mehr als 12 Millionen Euro zusätzlich auf den Weg gebracht. Mit zusätzlich 11 Millionen Euro soll die Barrierefreiheit an Amtsgerichten und Einrichtungen des Justizvollzugs, bei Polizeidienststellen, Schlössern und Burgen sowie in den publikumsintensiven Bereichen von Hochschulen und Museen verbessert werden. Mit einer weiteren Million wollen wir die Deutsche Bahn anschieben, ihre Bahnhöfe barrierefrei zu gestalten. Wir werden mit zusätzlich 300.000 Euro den barrierefreien Zugang bei den KZ-Gedenkstätten ermöglichen. Damit steht im Doppelhaushalt ein Investitionsvolumen von insgesamt rund 205 Millionen Euro zur Umsetzung der Barrierefreiheit bereit.

(Beifall bei der CSU)

Im Rahmen der Haushaltsberatungen haben wir bei den Schulen zusätzliche Schwerpunkte mit einem Volumen von insgesamt rund 16 Millionen Euro gesetzt. Auf Initiati-

ve unserer Fraktion sind zusätzliche 9,7 Millionen Euro zur Unterstützung des Ausbaus der Ganztagsangebote in den Haushalt eingestellt worden. Damit stehen für die Umsetzung der Ganztagsgarantie und damit für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf rund 420 Millionen Euro zur Verfügung. Neben einer zusätzlichen Million Euro für die Erwachsenenbildung und zusätzlich 1,8 Millionen Euro für die Förderung der Jugendarbeit im Jahr 2015 sind weiterhin rund 5 Millionen Euro für die Träger privater Ersatzschulen bestimmt, damit diese ihre wichtige pädagogische Arbeit leisten können.

Die Erhöhung der sogenannten Gitterzulage um insgesamt über 4 Millionen Euro war nicht nur ein Anliegen des Dienstrechtsausschusses, sondern auch ein Anliegen des gesamten Haushaltsausschusses. Hier gab es einen einstimmigen Beschluss. Das möchte ich ausdrücklich erwähnen. Diese Mittel kommen den im Justizvollzug eingesetzten Beamten zugute. Bisher wurden für die Beamtinnen und Beamten im Polizeivollzugsdienst und im Justizvollzugsdienst Zulagen in unterschiedlicher Höhe gewährt, obwohl die Berufsbilder gleichermaßen einen hohen persönlichen Einsatz fordern und mit erheblichen Gefahren verbunden sind. Wir wollen daher mit der Gitterzulage für eine Angleichung an den Polizeivollzugsdienst sorgen.

Neben unseren zahlreichen weiteren Initiativen, insbesondere für die Familien, die Jugendarbeit, den Verkehr, den Tourismus, die Wissenschaft sowie die Gesundheit und die Pflege, stärken wir auch die Kunst. Mit einer Erhöhung der Personalkostenzuschüsse um 1,5 Millionen Euro im Jahr 2015 wollen wir die Förderung der bayerischen Sing- und Musikschulen verbessern, die gerade im ländlichen Raum eine hervorragende musische Bildung vermitteln.

(Beifall bei der CSU)

Aus meiner Sicht hat der Doppelhaushalt durch diese weiteren punktuellen Verbesserungen aufgrund der Initiativen unserer Fraktion an Ausgewogenheit gewonnen. Der Doppelhaushalt 2015/2016 ist ein Dokument der Solidität und der Zukunftssicherung.

Wir tragen alle Ausgaben aus eigenen Mitteln. Wir nehmen keine neuen Schulden auf, sondern bauen Schulden ab. Wir investieren in die Familien, die Bildung und die Innovation. Herr Halbleib, stimmen Sie daher mit Begeisterung diesem Haushalt zu!

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, ansonsten begegnen wir alle uns wieder bei der Einweihung von Neu- und Umbauten staatlicher Gebäude, beim Durchschneiden von Bändern im Zusammenhang mit Straßenbaumaßnahmen und vielen ähnlichen Anlässen, bei denen Sie krampfhaft den Eindruck erwecken, Sie hätten den Haushalt mitgetragen. Sie haben die Chance dazu. Tragen Sie ihn mit!

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. - Es folgen zwei Zwischenbemerkungen. Die eine kommt von Claudia Stamm, die andere vom Kollegen Halbleib. Bitte schön.

Claudia Stamm (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Kollege Winter, es gäbe jetzt vieles zu sagen, zum Beispiel, dass auch jedes andere Flächenland ein Drittel der Ausgaben für die Bildung einsetzt. Den ständigen Vergleich mit Baden-Württemberg mag ich nicht; wir sind hier in Bayern und sollten nach Bayern schauen.

(Lachen bei der CSU)

Wenn Sie den Vergleich aber schon so platt und polemisch wie immer ziehen, zeigt sich: Es sind alte Schulden, die der ehemalige Ministerpräsident Mappus hinterlassen hat.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Jetzt heißt es – hören Sie mir zu! -: Nichtetatisierung von Lehrerstellen, Sanierungstau usw. Das ist die Vergangenheit. Jetzt reden wir von den potenziellen Spitzenkan-

didaten. Sie rennen mit Wahlversprechen umher. Die würden in Baden-Württemberg 1 Milliarde Euro kosten.

Am Ende Ihrer Rede sind Sie leider vom anfänglichen Lob etwas abgewichen. Irgendwie hat Sie dabei wieder Ihre alte Denkweise gepackt, und Sie haben von Luftschlössern im Zusammenhang mit grüner Politik geredet usw. Es stimmt nicht, genauso wie es bei den Zahlen nicht stimmt; es sind keine 600 Millionen Euro, die bei uns nicht gedeckt sind. Wenn Sie wollen, können wir Ihnen das genau vorführen und zeigen. Es ist einfach falsch.

Peter Winter (CSU): Umgekehrt auch!

Claudia Stamm (GRÜNE): Ich gehe noch kurz auf den Pensionsfonds und die Vorsorge ein. Das Prinzip lautete sozusagen: Schulden tilgen, Zinsen sparen, und zwar Schulden tilgen bis 2030. – Ende 2014 hat Bayern 20,5 Milliarden Euro Schulden. In diesem Betrag sind nicht einmal die Zahlungen zur Rettung der Landesbank eingerechnet; hier gehen wir sozusagen in Ihrer Unlogik mit. Wenn Sie weiterhin, wie Sie es tun, 500 Millionen Euro jedes Jahr tilgen, sind wir nicht 2030, sondern 2055 fertig. Damit ist das Konzept Pensionsfonds einfach geplatzt; denn ab 2030 sollten ja die Zinersparnisse als Ersatz für die Entnahmen aus dem Versorgungsfonds erhalten. Aber wenn die Schulden nicht getilgt sind, kann man auch diese Zinersparnisse nicht dafür verwenden. Gleichzeitig ist die Pensionsvorsorge mit diesem Haushalt um 2,1 Milliarden Euro unterfinanziert.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das sind Luftschlösser!)

Ihr Konzept ist definitiv geplatzt. Wenn man nachrechnet, stellt man fest, dass Sie es nicht annähernd irgendwie verkaufen können, weil es einfach nicht stimmt. Weder stimmt, dass bis 2030 die Schulden getilgt sind, noch stimmt, dass die Zinersparnisse für die Pensionsvorsorge erhalten können. Wir häufen jetzt schon Beträge an. Wir haben konservativ gerechnet. Eigentlich stand im Gesetz, dass der Betrag, der einge-

zahlt werden müsste, dynamisch mit der steigenden Zahl von Beamten und Beamtinnen ansteigt. Das haben wir überhaupt nicht berücksichtigt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Peter Winter (CSU): Liebe Frau Kollegin Stamm, ich finde es trotz alledem gut, dass wir ein Drittel unseres Haushalts für die Bildung ausgeben. Allerdings tun wir das im Gegensatz zu den anderen Ländern nicht unter gleichzeitiger Schuldenaufnahme, sondern im Rahmen eines ausgeglichenen Haushalts. Das unterscheidet uns von den anderen.

Ich kann mich gut an die Zeit erinnern, als wir festgelegt haben, einen schuldenfreien Haushalt aufzustellen und die Schuldenfreiheit durchzuhalten. Sie haben darauf mit viel Häme und Vorbehalten reagiert. Wir haben es durchgehalten.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Substanzverzehr!)

Ich bin mir dessen sicher, dass unser Ministerpräsident wie auch unser Finanzminister im Rahmen der Verhandlungen über den Länderfinanzausgleich die Freiräume in den Verhandlungen schaffen, damit wir die Mittel, die uns dann zur Verfügung stehen, zur Schuldentilgung verwenden können. Damit schaffen wir Zinersparnisse, die wir für den Pensionsfonds vorsehen. Der Pensionsfonds wird, wie ich bereits erwähnt habe, mit diesem Haushalt bei über 2 Milliarden Euro liegen. Dann stehen diese Mittel mit den eingesparten Zinsen für den Pensionsfonds zur Verfügung. Auch das gibt es in keinem anderen Land dieser Republik.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Halbleib, bitte.

Volkmar Halbleib (SPD): Herr Kollege Winter, ich habe drei Bemerkungen zu den Anträgen vonseiten der Opposition, insbesondere vonseiten der SPD. Ich glaube schon, dass es bei 450 Anträgen, in denen es zum Teil nur um ganz geringe Summen ging,

die aber wunde Punkte betroffen haben, angemessen gewesen wäre, seitens der Regierungsfraktion anzuerkennen: Da hat die Opposition, da haben die SPD, die FREIEN WÄHLER, die GRÜNEN, den richtigen Punkt getroffen. – Dieses Bekenntnis habe ich heute leider bis zum Schluss vermisst.

Heute mokieren Sie sich über viele unserer Anträge. Ich kann Ihnen garantieren, dass in den nächsten Haushaltsberatungen plötzlich Anträge auftauchen, deren Inhalte früher mit großer Empörung abgelehnt wurden; die Anträge tauchen dann plötzlich mit dem Label "CSU" wieder auf. So ist es uns bisher immer gegangen. Ich weise Sie nur darauf hin, dass viele dieser Anträge wiederkommen werden, und das ist auch gut so.

(Zuruf von der CSU: Märchenerzähler!)

Eine Äußerung von Ihnen, Herr Kollege Winter, veranlasst mich, Ihnen Nachhilfeunterricht anzubieten. Sie haben die Logik überhaupt nicht verstanden. Wir haben in unseren Anträgen beispielsweise auf einen wunden Punkt hingewiesen: Wenn sich der Staat entschuldet, dann müssen auch die Kommunen in gewissem Umfang entschuldet werden. Darauf bezieht sich ein sehr großer Teil der Anträge.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Außerdem wollen wir mit unseren Haushaltsanträgen dokumentieren, dass die Gefahr, die auch der Ministerpräsident thematisiert hat,

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

in die versteckte Verschuldung zu geraten, bei diesem Haushalt besonders groß ist. Deswegen haben wir auch dies thematisiert. Das haben Sie in Ihrer Gesamtrechnung überhaupt nicht berücksichtigt.

Ich gehe noch auf die Steuerverwaltung ein. Wer wie die CSU-Fraktion und die Staatsregierung über Jahre und Jahrzehnte die Unterbesetzung der Steuerverwaltung zu verantworten hat, muss sich in den Haushaltsanträgen sagen lassen, dass wir mit

einer vernünftigen Einstellungspolitik und Besetzung der 1.800 offenen Stellen Steuermehreinnahmen hätten, die wir ansetzen könnten. Selbstverständlich, was denn sonst? – Auf diese politische Art wird verdeutlicht, wo Sie in den letzten Jahrzehnten Fehler gemacht haben. Dabei ist konservativ gerechnet, was an Steuermehreinnahmen hereinkäme.

(Beifall bei der SPD)

Ich kann es ganz leicht ausdrücken: Die CSU hat das Landesbankdesaster zu verantworten. Im Haushalt stehen 700 Millionen Euro ausschließlich für Zinszahlungen. Allein diese Summe würde reichen, um unsere Haushaltsanträge im Wesentlichen zu decken.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Peter Winter (CSU): Lieber Herr Kollege Halbleib, wir haben uns über die Vorgänge um die Landesbank lang und breit unterhalten. Ich muss Sie, wie leider schon im letzten Jahr, an Ihren Kollegen Dupper erinnern, der damals mit großer Freude das Engagement des Freistaats Bayerns begrüßt hat.

(Beifall bei der CSU – Inge Aures (SPD): So ein Käse! – Weitere Zurufe von der SPD)

Auch andere Oberbürgermeister der SPD saßen in den Aufsichtsgremien und haben hinterher gewusst, dass das, was sie vorher beschlossen hatten, gar nicht so gut war.

(Zurufe von der SPD – Gegenrufe von der CSU – Glocke der Präsidentin)

Herr Halbleib, wir diskutieren immer in aller Freundschaft. Aber wissen Sie: Wir würden Ihren Anträgen ja gerne zustimmen, wenn Sie geeignete Deckungsvorschläge machen würden. Die fehlen uns leider. Machen Sie geeignete Deckungsvorschläge! Wenn der Antrag dann okay ist, können wir überlegen, ob wir zustimmen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Sie nehmen es aus der Rücklage! – Inge Aures (SPD):
Der Griff in die Portokasse!)

Ansonsten haben wir ja durchaus auch gemeinsame Vorschläge gemacht.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Sie wissen, der Finanzminister hat in den Beratungen zum kommunalen Finanzausgleich erreicht, dass wir die Stabilitätsmaßnahmen für schwache, stark verschuldete Gemeinden verstärken. Uns ist es gelungen, eine einheitliche Maßgabe vorzugeben. Aber ich kann Ihnen aus meinem Stimmkreis Gemeinden nennen, auch SPD-geführte Gemeinden, die mittlerweile schuldenfrei sind. Ein Beispiel dafür ist Rothenbuch. Kollege Wengert kennt den Bürgermeister; wir haben uns vor Kurzem mit ihm unterhalten. Auch Großostheim ist eine solche Gemeinde. Diese Gemeinden haben sich angestrengt und die Maßnahmen durchgezogen. Es gibt viele Gemeinden, die das gemeinsam mit uns erreicht haben. Ich weiß auch, dass es in Oberfranken, bedingt durch die demografische Entwicklung, Gemeinden gibt, die die Stabilitätshilfen brauchen. Wir geben sie ihnen. Wir lassen die Gemeinden nicht im Stich. Wir stehen an ihrer Seite.

(Beifall bei der CSU)

Herr Halbleib, versuchen Sie doch wenigstens einmal anzuerkennen, dass in der Finanzverwaltung neue Stellen geschaffen wurden,

(Volkmar Halbleib (SPD): Das habe ich heute schon gemacht!)

neue Stellen dort angekommen sind und wir viele neue Stellen in der Ausbildung haben.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das hat der Finanzminister sogar gelobt!)

Ihre Rechnung, dass wir mit mehr Personal mehr Steuereinnahmen haben, stimmt einfach nicht. Den Beweis für die Richtigkeit dieser Rechnung sind Sie bis heute schuldig geblieben.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege Winter. - Jetzt darf ich Herrn Kollegen Knoblauch das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

Günther Knoblauch (SPD): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren der Regierung, Hohes Haus! Lieber Kollege Winter, ich möchte mich als Erstes dafür bedanken, dass Sie anerkannt haben, dass die SPD-Fraktion komplette Deckungsvorschläge gemacht hat. Es gibt nur einen Unterschied: Wir wollen zusätzliche Steuern nicht von kleinen, sondern von großen Firmen einnehmen. Sie wollen aber etwas der Rücklage entnehmen. Das ist der Unterschied. Aber wenigstens haben Sie anerkannt, dass wir eine komplette Liste mit Deckungsvorschlägen vorgelegt haben.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich will mich etwas mit den Kommunen beschäftigen. Ich glaube, wir können froh sein, dass wir die Kommunen als Grundlage der Demokratie und unserer Lebensqualität haben, die wir immer hervorheben. Natürlich sind die 8,3 Milliarden Euro eine stolze Summe, und die Kommunen benötigen sie dringend. Auch wenn das ein bisher noch nicht gekannter Betrag ist, machen wir trotzdem noch nicht gleich einen Höhenflug, lieber Kollege Bachhuber.

Zunächst müssen wir uns bei den Bürgerinnen und Bürgern bedanken, weil sie Steuern zahlen und durch ihre tolle Arbeit die Mittel zur Verfügung stellen. Die Betriebe leisten eine hervorragende Arbeit und haben die Grundlage dafür geschaffen, dass wir so viele Steuern bekommen, um den Kommunen 8,3 Milliarden Euro zur Verfügung stellen zu können. Die sprudelnden Steuereinnahmen sind nicht auf einen Beschluss

der Staatsregierung zurückzuführen, sondern auf die Leistungen unserer Bürgerinnen und Bürger.

Wenn man das Finanzausgleichsgesetz etwas näher betrachtet, stellt man fest, dass nicht alles Gold ist, was glänzt. Die Zweitwohnungen – ich möchte von Zweitbürgern sprechen – sind schon genannt worden. Hier wird den Städten und Gemeinden, auch in den touristisch attraktiven Kommunen, etwas genommen, worauf sie angewiesen sind. Das wird sich noch fatal auswirken. Man muss sich nur vorstellen, dass ein Bürger, der im Finanzausgleich mitzählt, ungefähr 1.000 Euro ausmacht. Da kann man sich vorstellen, welche Auswirkungen es insbesondere bei kleineren Gemeinden gibt.

Zum Zweiten. Es wird total verschwiegen, dass die Kommunen, insbesondere diejenigen mit mehr als 10.000 Einwohnern, beim Zensus total vernachlässigt werden. Da werden sie allein gelassen. Der Bund hat für jeden Bürger die steuerlichen Identifikationsnummern herausgebracht. Die Kommunen haben dafür die Meldedaten zur Verfügung gestellt. Vorher hat alles gestimmt, und plötzlich stimmt es nicht mehr. 5 % bis 10 % der Einwohner sind aus den Kommunen verschwunden. Damit fehlen den Kommunen 5 % bis 10 % der Einnahmen aus dem Finanzausgleich.

Ein dritter Punkt: Artikel 7 des Finanzausgleichsgesetzes sollte eigentlich bewirken, dass die den Landratsämtern übertragenen Aufgaben durch die Leistungen des Freistaates abgedeckt sind. Die Bürgermeister und Landräte tragen aber an mich heran, dass sie sich vernachlässigt fühlen. Sie geben das Doppelte dessen aus, was sie erhalten, um Aufgaben des Staates zu erledigen. Insbesondere denke ich jetzt an die Ausländerbehörden, die wegen der Asylbewerber viel Arbeit haben. Letztlich bezahlen das wieder die kreisangehörigen Städte und Gemeinden über die Kreisumlage.

Natürlich müssen wir uns auch darüber unterhalten, was generell mit dem Finanzausgleich geschieht. Bei der Beratung des Nachtragshaushalts hieß es, dass es am Ende des Jahres ein Gutachten geben wird und man dann Neuregelungen schaffen kann. Aber daraus ist nichts geworden. Für das Gutachten liegt zwar ein Entwurf vor, aber

man spricht nicht darüber. Mehr als die Hälfte der Kollegen hier sind auch im kommunalen Bereich tätig. Unsere Aufgabe müsste doch eigentlich sein, uns intensiv einzubringen. Wir sollten es nicht einem Gutachter überlassen festzustellen, wie der Finanzausgleich in Bayern künftig aussieht. Das ist doch auch unsere Aufgabe. Deshalb fordern wir, dass wir als Parlament, als Haushaltsausschuss, mit unserer Erfahrung in die Gespräche eingebunden werden.

(Beifall bei der SPD)

Ich glaube, der Finanzausgleich braucht eine neue Orientierung. Die Kommunen sind verunsichert und warten auf eine Lösung. Etwa die Hälfte der Kommunen haben erhebliche Probleme, ihren Haushalt auszugleichen. Wir können also nicht sagen, Herr Bachhuber, dass alles wunderbar ist. Sie sagen, dass die Stabilisierungshilfen gestiegen sind; das ist gerade die Bestätigung, dass es für die Kommunen immer schwieriger wird, ihren Aufgaben gerecht zu werden.

Beim Finanzausgleich müssen wir uns auch über gleichwertige Lebensbedingungen unterhalten. Ich halte es für richtig, dass wir vor einigen Jahren den Sockelbetrag für die Kommunen mit weniger als 5.000 Einwohnern angehoben haben. Sie brauchen das wirklich. Ich sage Ihnen, dass es in jedem Landkreis eine, zwei oder drei Kommunen gibt, die zusammen mit ihrem Umland die Lebensqualität des jeweiligen Landkreises bestimmen. Sie unterhalten Hallenbäder, Eislaufplätze, Musikschulen, Kulturprogramme, Dreifachturnhallen usw. Wenn sie das nicht mehr vorhalten, ist die Lebensqualität in den Kommunen am Ende. Das müssen wir verhindern und im künftigen Finanzausgleich berücksichtigen.

Wir müssen auch betrachten, was die Kommunen leisten müssen. Die Verunsicherung habe ich schon genannt. Sie müssen bei der Inklusion, beim Breitband und bei der Barrierefreiheit mitmachen und die Straßen sanieren. Die Ganztagsklassen und Ganztagsangebote sollen mitfinanziert werden. Womit sollen sie das machen? - Wir brau-

chen die Hilfen für die Kommunen. Sonst geht die Lebensqualität und damit die Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen verloren.

Meine Damen und Herren, wir müssen auch Folgendes bedenken: Vor 50, 60 Jahren, als die Verfassung und die Gemeindeordnung geschaffen wurden, hat man die Pflichtaufgaben anders gesehen als heute. Wir müssen uns deshalb beim Finanzausgleich Gedanken darüber machen – das hatte ich eigentlich erwartet –, dass Standards, die inzwischen freiwillige Leistungen geworden sind, aus der Sicht des Bürgers Pflichtaufgaben sind. Wenn es kein Kulturprogramm mehr gibt und wenn andere freiwillige Leistungen, die im Gesetz stehen, nicht mehr angeboten werden, werden die Bürger die kleinen Orte auf dem Land verlassen. Dazu müssen wir uns etwas überlegen.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Deshalb ist es unsere Aufgabe, auch im Haushaltsausschuss, lieber Peter Winter, gemeinsam eine Lösung zu finden, die den Kommunen, sowohl den kleinen als auch den mittleren, die Chance gibt, für die Bevölkerung das Beste zu tun. Wenn wir keine Regelungen treffen, werden die Kommunen abstürzen. Darum bitte ich darum und biete an, in den nächsten Monaten konstruktiv zusammenzuarbeiten, zumindest um beim Nachtragshaushalt die entsprechenden Regelungen zu treffen.

In dem Sinn möchte ich mich bei meinen Kolleginnen und Kollegen im Haushaltsausschuss bedanken, aber auch bei den Kolleginnen und Kollegen der Fraktion, die im kommunalen Bereich tätig sind. Das gilt vor allem für den Kollegen Wengert. Herr Kollege Winter, Sie werden sicherlich mit dem Kollegen Halbleib die entsprechenden Regelungen treffen. Allerdings wäre es schön, wenn darüber nicht nur gemeinsam geredet würde, sondern wenn Sie einmal mit uns stimmen würden, weil wir eigentlich gute Regelungen vorschlagen.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. Jetzt darf ich Herrn Kollegen Herold das Wort erteilen.

(Unruhe)

Ich würde Sie bitten, vielleicht ein bisschen leiser zu sein und die Gespräche draußen zu führen. Jeder verdient, dass ihm zugehört wird. - Bitte.

Hans Herold (CSU): Sehr verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, die heutige Diskussion zeigt sehr deutlich, genauso wie der Doppelhaushalt für die Jahre 2015/2016: Bayern ist das Land mit Zukunft.

(Beifall bei der CSU)

Lieber Herr Kollege Knoblauch, ich glaube, Sie haben Peter Winter vorhin falsch verstanden. Peter Winter hat gesagt, dass die SPD keine Gegenfinanzierung bei diesen zahlreichen Anträgen gebracht hat, nur die Fraktion der GRÜNEN. Auch die FREIEN WÄHLER haben Forderungen in einem Umfang von 3,7 Milliarden Euro gestellt, und zwar ohne jegliche Gegenfinanzierung. Das ist eine unverantwortliche Politik.

(Beifall bei der CSU)

Lieber Herr Kollege Aiwanger, ich glaube, Sie haben Ihre Leute nicht im Griff. Hier in München reden Sie so, während Sie daheim völlig anders reden.

(Beifall bei der CSU)

Daheim kommen Ihre Kommunalpolitiker, Ihre Bürgermeister zu mir und sagen: Lieber Hans Herold, kümmere dich als stellvertretender Landrat darum, dass im Landratsamt endlich weniger Personal vorhanden ist. Hier fordern Sie Stellenmehrungen ohne Ende. Wenn es aber daheim ernst wird, wenn es zum Beispiel um das Bauamt, das Wasserwirtschaftsamt Ansbach, das Umweltamt oder den Naturschutz geht, dann

reden Sie ganz anders, lieber Herr Aiwanger. Das ist eine Politik, die so nicht in Ordnung ist. Ich sage Ihnen das ganz offen.

(Beifall bei der CSU)

Bei mir im Stimmkreis bemüht sich unser Landrat, im Stellenplan für das Jahr 2015 ein paar Stellen mehr zu bekommen – Sie alle kennen die Situation in der Asylpolitik –, aber die FREIEN WÄHLER wehren sich ganz massiv dagegen. Lieber Herr Aiwanger, Sie sollten Ihrer stellvertretenden Bundesvorsitzenden Gabi Schmidt sagen, dass sie dem Stellenplan im Landkreis Neustadt an der Aisch-Bad Windsheim endlich zustimmen sollte.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

- Ja, das kennen wir schon. Hier reden Sie so und daheim ganz anders.

Ich bin sehr stolz darauf, dass der Freistaat Bayern auch dank des großen Fleißes seiner Bürgerinnen und Bürger immer wieder ein Top-Rating aufzuweisen hat, nämlich "AAA". Wir werden zum elften und zwölften Mal einen Doppelhaushalt ohne neue Schulden aufstellen. Wir werden eine massive Schuldentrückzahlung vornehmen können, insgesamt in Höhe von 3,6 Milliarden Euro in den letzten fünf Jahren. Nennen Sie mir ein Bundesland in Deutschland, ein Land in Europa, das solche Dinge machen kann.

Wir haben die höchsten Investitionen in Bildung, Familie, Wissenschaft und Innovationen mit insgesamt über 20 Milliarden Euro. Das sind Zahlen, die die Zukunftsfähigkeit unserer jungen Generation garantieren. Wir haben nach wie vor eine sehr hohe investive Quote.

(Zuruf von der SPD)

- Ich weiß, dass das große Schmerzen verursacht, und zwar seelischer und körperlicher Art. - Ich habe Ihnen schon vorhin gesagt: Das ist ein Haushalt, der seinesgleichen in ganz Deutschland sucht.

Als Kommunalpolitiker sage ich auch ganz deutlich: Gerade dieser kommunale Finanzausgleich ist für uns ganz wichtig. 8,3 Milliarden Euro nur im Jahr 2015 – damit können unsere Kommunen, Städte und Gemeinden ihre Hausaufgaben bestens erfüllen. Dafür ein ganz besonderes Dankeschön an unseren Finanzminister Dr. Markus Söder: Herzlichen Dank dafür!

(Beifall bei der CSU)

Ein Punkt ist mir abschließend sehr wichtig, nämlich der Hinweis auf unsere

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

tüchtigen Beamtinnen und Beamten des gesamten Freistaates Bayern. Sie erzählen uns immer wieder, wir hätten zu wenig Personal.

(Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

- Herr Aiwanger, denken Sie an meine Rede von vorhin. Reden Sie auch daheim so, nicht nur hier im Landtag. - Derzeit sind 2.000 junge Leute als Anwärtinnen und Anwärter an der Landesfinanzschule in Ansbach in Ausbildung, und wir haben zusammengerechnet die gleiche Zahl an den Beamtenfachhochschulen in Herrsching und Kaufbeuren. Diese Zahlen weisen darauf hin, dass wir gerade in diesem Bereich sehr viel tun.

Heute ist Herr Habermann vom Bayerischen Beamtenbund anwesend. Ich will auch sagen, liebe Ingrid Heckner, dass wir in diesem Doppelhaushalt 7.500 Beförderungen vorgesehen haben. Wir haben in den letzten Jahren 50.000 Beförderungen bei den Beamten des Freistaates Bayern vorgenommen. Deswegen abschließend ein ganz besonderes Dankeschön an die tüchtigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Frei-

staats Bayern für diese wichtige Arbeit, die letztendlich für uns alle geleistet wird:
Herzlichen Dank dafür!

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Herold, darf ich Sie noch einmal an das Rednerpult bitten für eine Zwischenbemerkung der Frau Kollegin Schmidt. – Bitte schön, Frau Kollegin.

Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Herold, ich möchte Ihnen zu Ihren hellseherischen Fähigkeiten gratulieren. Ich war in der letzten Fraktionssitzung gar nicht anwesend. Insofern kann ich weder eine schriftliche noch eine mündliche Äußerung zu der Stellenmehrung gemacht haben. Ich finde es aber großartig, dass Sie jetzt schon wissen, wie ich mich entscheiden werde, denn ich bin erst in der Meinungsbildung. Nachdem das eine Erpressung war, geht es dann eher in die andere Richtung.

Hans Herold (CSU): Ich bin sehr dankbar dafür, wenn Sie ein freundliches Signal geben, dass auch die FREIEN WÄHLER möglicherweise diesem Stellenplan mit der – in Anführungszeichen – "geringen" Stellenmehrung bei uns im Kreistag zustimmen. Ihre Kolleginnen und Kollegen der FREIEN WÄHLER, insbesondere Ihr Fraktionsvorsitzender, sprechen eine andere Sprache, liebe Frau Gabi Schmidt.

(Beifall bei der CSU – Zuruf der Abgeordneten Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER))

Präsidentin Barbara Stamm: Frau Kollegin, Sie haben nur eine Zwischenbemerkung.
- Jetzt kommt der Kollege Dr. Kränzlein. Bitte.

Dr. Herbert Kränzlein (SPD): Herr Kollege Herold, stimmen Sie mir zu, dass sich die Beförderung von Beamten aufgrund von Rechtsansprüchen ergibt und nicht aufgrund der Gnade der CSU-Fraktion im Landtag?

(Beifall bei der SPD)

Hans Herold (CSU): Herr Kollege, ich bin wirklich überrascht: Sie sagen bei jeder Wortmeldung, insbesondere im Haushaltsausschuss, dass Sie lange Zeit Bürgermeister waren; dann sollten Sie eigentlich wissen, dass es einen Unterschied zwischen Tarifangestellten und Beamten gibt. Deswegen ist es nicht so, dass immer ein Rechtsanspruch auf Beförderung besteht.

(Dr. Herbert Kränzlein (SPD): Also doch Gnade!)

- Leistung!

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Danke schön. - Jetzt darf ich Herrn Kollegen Dr. Wengert das Wort erteilen. Bitte schön.

Dr. Paul Wengert (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte den Doppelhaushalt nochmals aus Sicht der Kommunen betrachten, und zwar aus Sicht der Kommunen, die Sie, lieber Herr Kollege Bachhuber, völlig ausgeblendet haben. Die Kommunen stehen nämlich nicht so super da, wie Sie das generalisierend für die bayerischen Kommunen glauben machen wollen. Liebe Kolleginnen und Kollegen zu meiner Rechten, überhaupt würde es Ihnen gut anstehen, gelegentlich etwas bescheidener aufzutreten. Demut ist keine Schande.

(Beifall bei der SPD)

Wie heißt das Sprichwort? – Mit vollen Hosen ist gut stinken.

Kollege Herold, unverantwortliche Politik müssen wir uns nicht vorhalten lassen, sonst könnten wir nicht auf 160 Jahre Parteigeschichte zurückblicken.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abgeordneten Hans Herold (CSU))

Lieber Hans Herold, unser Haushalt wäre genauso ausgeglichen wie Ihrer. Lieber Peter Winter, Sie lehnen unsere Anträge nicht mangels Deckungsvorschlägen ab,

sondern weil ein in Ihnen drinsteckendes CSU-Gen bewirkt, dass Sie reflexartig reagieren, wenn die SPD, die GRÜNEN oder die FREIEN WÄHLER Anträge stellen – seien diese noch so gut.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in unseren Kommunen bündeln sich zunehmend gesellschaftliche Probleme und Entwicklungen, die sie alleine nicht bewältigen können. Dabei stoßen viele Kommunen an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit. An vielen Orten sind diese Grenzen bereits gefährlich überschritten. Es ist Pflicht des Staates, die Kommunen so zu stärken, dass sie dauerhaft leistungs- und handlungsfähig bleiben. Wir können nicht sehenden Auges zulassen, dass über ein Viertel der bayerischen Kommunen keinen ausgeglichenen Haushalt mehr vorlegen kann. Das ist keine Zahl, die ich mir aus den Fingern gesaugt habe, sondern eine Feststellung des Präsidenten des Bayerischen Gemeindetags.

Der Freistaat als Glücklichermacher – das ist eine ganz neue Variante des Eigenlobs. Herr Kollege Bachhuber, entgegen Ihren vorherigen Äußerungen regnet es vielen Kommunen ganz dick rein. Zwar erreicht die Summe des kommunalen Finanzausgleichs mit rund 8,3 Milliarden Euro eine neue Höchstmarke, aber das ist – Kollegin Stamm hat schon darauf hingewiesen – in erster Linie den guten Steuereinnahmen geschuldet und nicht zusätzlichen Programmen zur Förderung der kommunalen Leistungsfähigkeit. Lieber Kollege Bachhuber, da können Sie noch so blumige Floskeln bemühen. Den entscheidenden Fortschritt haben die Finanzausgleichsverhandlungen nämlich auch diesmal nicht gebracht, nämlich die Erhöhung des Kommunalanteils am allgemeinen Steueraufkommen. Die SPD-Landtagsfraktion wird im Schulterschluss mit den kommunalen Spitzenverbänden weiter die schrittweise Erhöhung von derzeit 12,75 % auf 15 % einfordern; denn die Kommunen brauchen mehr freie Gestaltungsspielräume.

(Beifall bei der SPD)

Der Kommunalgipfel von Ministerpräsident Seehofer hat bei Weitem nicht gehalten, was man sich nach seiner vollmundigen Ankündigung davon versprechen durfte. Im Gegenteil, mit der Rücknahme seines Versprechens in seiner Regierungserklärung vom 12. November 2013 wurden die Erwartungen der Kommunen herb enttäuscht. Ich zitiere: "Bayern wird in zehn Jahren komplett barrierefrei sein: im gesamten öffentlichen Raum, im gesamten öffentlichen Personennahverkehr." Von einem Sonderinvestitionsprogramm, das vom Ministerpräsidenten ebenfalls angekündigt wurde, gab es keine Spur – schon gar nicht für die Kommunen. Die Landesarbeitsgemeinschaft der Selbsthilfeverbände in Bayern hat Ihnen das mit einer Resolution vom 2. Dezember deutlich ins Stammbuch geschrieben. Dort heißt es, dass die Bayerische Staatsregierung die Finanzhilfe des Freistaates Bayern auf staatliche Gebäude begrenzt und die Kommunen mit dem Thema "Bayern – Barrierefrei 2023" allein lässt.

Ebenso pure Ankündigungspolitik bleibt das in seiner Regierungserklärung gegebene Versprechen, dass es bis zum Jahr 2018 in allen Schularten und für jede Schülerin und für jeden Schüler bis 14 Jahre ein bedarfsgerechtes Ganztagsangebot geben wird. Der jüngste Chancenspiegel der Bertelsmann-Stiftung weist aus, dass in Bayern nur jeder achte Schüler eine Ganztagschule besucht. Bundesweit ist es jeder dritte. Das beim Kommunalgipfel präsentierte neue Modell für die Ganztagschule ließ insbesondere bei der Rand- und Ferienzeitbetreuung viele Fragen offen. Die kommunalen Spitzenverbände konnten sich zu Recht nicht dafür erwärmen.

Ebenso Fehlanzeige: Antworten auf die Frage der Inklusion. Jetzt sollen erst einmal Arbeitsgruppen gebildet werden. Dafür hätte es keines Kommunalgipfels bedurft.

Erfreulicherweise gab es 2013 erstmals sogenannte Stabilisierungshilfen. Diesmal sollen noch 20 Millionen Euro auf die 100 Millionen Euro draufgelegt werden. Damit wurde immerhin eine Teilforderung der SPD-Fraktion erfüllt, aber nicht im ausreichenden Umfang, der den Bedürfnissen der Kommunen Rechnung trägt. Erforderlich ist vielmehr ein kommunaler Entschuldungsfonds in Höhe von 100 Millionen Euro, um notleidenden Kommunen im ländlichen und strukturschwachen Raum zu helfen, ihre

Haushalte zu konsolidieren und sich wieder Spielraum für Investitionen zu verschaffen. Sie verweisen immer gerne auf andere Länder. Das tue ich jetzt auch. Andere Länder wie Hessen, Rheinland-Pfalz, Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern, das Saarland und selbst das von Ihnen immer wieder gescholtene Nordrhein-Westfalen haben längst entsprechende kommunale Entschuldungsprogramme aufgelegt. Es reicht nicht aus, allein die Staatsschulden zu tilgen, vielmehr halten wir es für dringend geboten, auch die kommunalen Schulden zu verringern und den Kommunen dabei zu helfen, die das aus eigener Kraft nicht leisten können.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Ich will noch auf einige weitere, meiner Meinung nach dringende Maßnahmen eingehen. In den bayerischen Kommunen besteht bei den kommunalen Gebäuden ein immenser Sanierungsbedarf. Die kommunale Finanzausstattung erlaubt es den Kommunen häufig nicht, energetische Sanierungsmaßnahmen durchzuführen. Wir wollten im neuen Doppelhaushalt hierfür einen neuen Titel mit jeweils 20 Millionen Euro; denn verstärkte energetische Sanierung kommunaler Gebäude senkt eben auch die versteckte Verschuldung.

Ein weiterer Bereich erfordert finanzielle Mittel in einer Größenordnung, die notleidende Gemeinden völlig überfordert. Damit meine ich die kommunalen Bäder. Laut Antwort der Staatsregierung auf eine aktuelle Anfrage unseres Fraktionsvorsitzenden sind 263 von insgesamt 889 öffentlichen Schwimmbädern in Bayern sanierungsbedürftig. Das sind 30 %, und 65 droht die Schließung. Daher fordern wir einen Härtefonds zur Sanierung kommunaler Bäder, wobei der Bewilligungsrahmen pro Haushaltsjahr 30 Millionen Euro betragen soll. Die staatliche Förderung muss dabei auch bis zu 100 % betragen können, sofern die betreffenden Kommunen keine Eigenmittel aufbringen können. Lieber Herr Kollege Winter, gerne werden wir mit Ihnen im nächsten und übernächsten Jahr dank staatlicher Hilfe wieder ein paar sanierte Bäder eröffnen.

Es ist auch gut, dass wir bei anderen Eröffnungen dabei sind. Schließlich wurden dafür Steuergelder verbaut und nicht Gelder aus der CSU-Parteikasse.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Zudem möchten wir die Schülerbeförderung zukunftsfähig machen und fordern die Erhöhung der Pauschalzuweisungen zu den Beförderungskosten der Schülerinnen und Schüler um 10 Millionen Euro. Wir wollen den ÖPNV interkommunal und intermodal optimieren. Dazu soll der Haushaltsansatz von 118,6 auf 130 Millionen Euro erhöht werden, um gebietskörperschaftsübergreifende Kooperationen und die Vernetzung von ÖPNV-Systemen zu erleichtern und die Verkehrsmittel für Nutzerinnen und Nutzer von Fahrrädern, insbesondere von Pedelecs, zu ertüchtigen.

Weil es bald Weihnachten ist und weil ich mich als Präsident eines großen Chorverbands besonders darüber freue, möchte ich mit etwas Positivem schließen: Wir begrüßen ausdrücklich die Erhöhung der Zuschüsse für die Lehrpersonalkosten an unseren Sing- und Musikschulen um 1,5 Millionen Euro. Dabei handelt es sich ebenfalls um Steuergelder und nicht etwa um Gelder aus der CSU-Kasse. Damit wird die Bedeutung dieser Einrichtungen, die bisher kein Bundespräsident zu würdigen vergessen hat, unterstrichen und anerkannt. Diese Erhöhung entspricht einer seit Jahren erhobenen Forderung der SPD-Fraktion und deckt sich exakt mit unserem zuletzt zum zweiten Nachtragshaushalt am 31. März gestellten Antrag, den Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, vor einem guten halben Jahr noch abgelehnt haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zwar ist es suboptimal, wenn unsere Anträge aktuell jeweils abgelehnt werden, aber letztlich ist es schon ein Erfolg unserer Arbeit, wenn ihnen dann, mit eigenem Etikett versehen und zeitlichem Verzug, doch noch gefolgt wird. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen allen frohe Weihnachten und ein glückliches Neues Jahr.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Jetzt darf ich das Wort Herrn Staatsminister Dr. Söder erteilen. Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe jetzt noch 50 Minuten Zeit, um ausführlich auf alle Dinge einzugehen,

(Zuruf von den GRÜNEN: Wann sollen wir wiederkommen?)

zum Beispiel auf die Vergleiche mit der FDP, die Frau Stamm angestellt hat. Ich finde es spannend, wenn man sich hier im Landtag im selben Atemzug mit der FDP nennt. Es wären viele Dinge anzusprechen. Ich möchte Ihnen heute aber ein persönliches Weihnachtsgeschenk machen und es kurz halten, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Allgemeine Heiterkeit und Beifall)

Ich möchte nur noch zwei Dinge ansprechen, da sie mir persönlich wichtig sind.

Erstens. Herr Güller, zum Thema BayernLB: Wir haben Anfang des Jahres über die BayernLB gesprochen und sprechen Ende des Jahres über sie. Man muss schon eines festhalten: Anfang des Jahres hatten wir vier Risiken, die unwägbare waren und worüber wir uns große Sorgen gemacht haben. Wir wussten nicht: Bestehen wir den Stresstest der Europäischen Zentralbank? – Mission erfüllt; wir haben ihn bestanden. Wir waren tief verunsichert, was mit Ungarn werden wird, was mit der MKB werden wird. Es ist uns gelungen, das Thema MKB mit einem blauen Auge abzuschließen. Wir hatten für den nächsten Doppelhaushalt eine drohende Ausgabenbelastung von 400 Millionen Euro aus dem ABS-Portfolio. Dass wir das in der Summe sogar mit einem Gewinn für den Freistaat Bayern abschließen konnten, meine Damen und Herren, ist schon ganz ordentlich. Also: Von vier Risiken haben wir drei beseitigt. Dies lässt einen ein wenig ruhiger schlafen.

(Beifall bei der CSU)

Zum Thema Österreich möchte ich noch etwas anmerken. Ich glaube, wir befinden uns eigentlich gemeinsam auf demselben Weg. Ich habe immer betont: Die HGAA ist und bleibt der größte und schwerste wirtschaftspolitische Fehler der Nachkriegsgeschichte.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, es wird aber nicht leichter und besser, wenn wir ständig Tränen vergießen und immer wieder darauf eingehen. Wir befinden uns in einer wirklich sehr, sehr ernst zu nehmenden Auseinandersetzung. Von der HGAA wären an die Landesbank 2,3 Milliarden Euro an Darlehen zu zahlen. Österreich hat vor Gericht erkennbarerweise Probleme. Vor Gericht hat man immer dann Probleme, wenn plötzlich Befangenheitsanträge gegen alle gestellt werden. Dies hat die HGAA gemacht. Als man gemerkt hat, dass es immer schwieriger wird, hat man sogar ein Gesetz beschlossen, das besagt, dass diese Schuld nicht mehr besteht. Wenn dies ginge, wäre dies übrigens ein relativ einfaches Mittel zur Schuldentilgung. Jeder, der Schulden hat, könnte einfach ein Gesetz machen und festschreiben, dass die Schulden nicht mehr existieren.

Die Auseinandersetzung wird noch sehr ernst werden. Herr Güller, zunächst einmal geht es für die Landesbank um Probleme. Diese können sich dann auf uns auswirken, wenn es an Zahlungen mangelt. Ich sage Ihnen aber schon eines: Wir dürfen an dieser Stelle nicht einfach nachgeben und Angst haben. Auch der Bayerische Landtag muss – ich glaube, das macht er auch – die Entschlossenheit zeigen, dass wir den Freunden in Österreich nicht durchgehen lassen, dass sie quasi per Gesetz den Verpflichtungen, die sie zu leisten haben, einfach entgehen, meine Damen und Herren. Dagegen muss man vorgehen.

(Beifall bei der CSU)

Der zweite Punkt betrifft die Kommunen und das FAG. Mit 8,3 Milliarden Euro handelt es sich wirklich um ein Rekord-FAG. Wir müssen vor allem in die Rechnung einbezie-

hen, was wir im Vergleich zu anderen Ländern zusätzlich machen. Ich nenne beispielsweise den Breitbandausbau. Von den derzeit im Investitionsplan zugesagten 2 Milliarden Euro für den nationalen Breitbandausbau zahlen wir 1,5 Milliarden Euro. Dies ist eine kommunale Zuschussache, meine Damen und Herren. Das gibt es nirgendwo sonst in Deutschland. Ich darf sagen: Das ist exzellent.

(Beifall bei der CSU)

Ich nenne auch die außerordentlich schwierige, an sich von den Kommunen zu leistende Gemeinschaftsaufgabe Asyl. Wer unterstützt in Deutschland? Der Präsident des Deutschen Städtetages und auch der Präsident des Bayerischen Städtetages sagen, wenn man Bayern mit den anderen Bundesländern vergleicht, ist es überhaupt keine Frage, dass der Freistaat Bayern hinsichtlich Asyl für seine Kommunen Bestmögliches leistet. Meine Damen und Herren, das sollten Sie auch einmal anerkennen. Wir nehmen uns immer selbst in die Pflicht, obwohl wir rechtlich nicht verpflichtet wären, wenn es darum geht, Schutzpatron für unsere bayerischen Kommunen zu sein. Da lassen wir uns von niemandem übertreffen.

(Beifall bei der CSU)

Man muss ehrlicherweise sagen, dass wir einen Entschuldungsfonds haben, nämlich mit den Stabilisierungshilfen. Dieses von mir und von uns gemeinsam initiierte Projekt startete ursprünglich mit 20 Millionen Euro, stieg auf 100 Millionen Euro und dann auf 120 Millionen Euro, Tendenz steigend. Die Mittel dienen zwar besonders, aber nicht nur zur Entschuldung. Sie eröffnen sogar den kleinen, extrem strukturschwachen Gemeinden die Chance, nicht nur Schulden zu tilgen, sondern sogar Investitionen zu tätigen, um etwas aus der Krise herauszukommen. Wir haben 169 Gemeinden, Städte und Landkreise, die in der diesjährigen Runde davon profitiert haben. Meine Damen und Herren, nach Oberfranken gehen 50 %. Im Landkreis Wunsiedel gehen an die Stadt, die Gemeinden und den Landkreis insgesamt 20 Millionen Euro. Wenn jemand sagt, wir würden den Schwächsten nicht helfen, dann ist er, ehrlich gesagt, nicht fair,

meine Damen und Herren. Kein Bundesland versucht so sehr wie wir, seinen strukturschwachen Gemeinden zu helfen.

(Beifall bei der CSU)

Da Sie immer noch nicht klatschen, Herr Wengert, was ich nicht verstehe, will ich Ihnen noch eine Chance geben, Ihre Weihnachtswünsche mit einem Weihnachtsklatschen zu verbinden. Ich möchte aus einem Brief zitieren. In dem Brief steht die ausdrückliche Erlaubnis, dass ich dies machen darf. Er stammt von jemandem, der nicht der parteipolitischen Familie der CSU angehört, ist also keiner, der loben müsste – das machen sie sowieso nicht.

(Zuruf von der SPD)

Dieser Kommunalpolitiker schreibt über die Zuweisungen der Stabilisierungshilfen: Bemerkenswert ist die Großzügigkeit des Freistaats Bayern bei den Stabilisierungshilfen.

(Zuruf von der SPD)

– Zuhören. Er schreibt weiter: Für uns ist es Ansporn, diese Hilfen zur Schuldentilgung einzusetzen und weiterhin auf Sparkurs zu bleiben. Vielen Dank für so viel wohlwollende Unterstützung. Herzliche Grüße, Dr. Thomas Jung, Oberbürgermeister der Stadt Fürth. - Jetzt müssten Sie einmal klatschen.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CSU)

Ich habe noch 43 Minuten und 15 Sekunden.

(Volkmar Halbleib (SPD): Herr Dr. Jung ist der Ironie zugänglich! Das muss man auch einmal sehen!)

Nachdem aber alle zum Abstimmen da sind, möchte ich einen letzten Dank für viele gute und kluge Bemerkungen loswerden, für die besonders klugen Bemerkungen des

Kollegen Winter, des Kollegen Bachhuber und des Kollegen Herold. Ein herzliches Dankeschön!

Ich bedanke mich für die gute und kritische Zusammenarbeit. Normalerweise gibt es zum Schluss auch Weihnachtsgebete. Eines meiner Lieblingsgebete möchte ich zum Schluss vortragen – dies sollte auch für lange Debatten gelten. Es heißt: Lieber Gott, mach flott!

Insofern, meine sehr verehrten Damen und Herren, danke ich Ihnen ganz herzlich für die Zusammenarbeit. Ich glaube, wir leisten heute einen herausragenden Beitrag zur bayerischen Nachkriegsgeschichte. Dies ist wieder einmal ein historischer Moment in der europäischen Entwicklung.

(Volkmar Halbleib (SPD): Wie sonst?)

Diesen sollten wir uns merken. Vielen Dank, alles Gute und gemeinsam viel Erfolg!

(Lang anhaltender lebhafter Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Staatsminister Dr. Söder, vor allen Dingen auch für die Zeit, die Sie uns geschenkt haben. Wie flott ich die Abstimmung vornehmen kann, liegt an Ihnen, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

Ich darf zunächst das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Einzelplan 06 bekannt geben. Diese Bekanntgabe stand ja noch aus. Mit Ja haben 84 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 64 gestimmt. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist der Einzelplan 06 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 10)

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge,

soweit über sie nicht einzeln abgestimmt worden ist, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(Siehe Anlage 11)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium für Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, die erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – CSU, SPD, FDP,

(Allgemeine Heiterkeit)

FREIE WÄHLER, Entschuldigung. Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? – Bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist das so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 17/4430 verweise ich darauf, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/3382 und 3383 ihre Erledigung gefunden haben.

Die Beratung des Einzelplans 06 ist damit abgeschlossen.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung zu den Tagesordnungspunkten 22 bis 24. Hier werden die Tagesordnungspunkte wieder getrennt. Ich lasse zunächst über das Finanzausgleichsänderungsgesetz 2015 abstimmen. Das ist der Tagesordnungspunkt 22. Der Abstimmung liegen der Gesetzentwurf auf der Drucksache 17/2870, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/4258 und 17/4383 mit 17/4385 und die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 17/4667 zugrunde.

Vorweg lasse ich über die vom federführenden Ausschuss zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/4258 und 17/4383 bis 17/4385 abstimmen.

Besteht damit Einverständnis, dass wir zunächst, wie von der Fraktion der FREIEN WÄHLER beantragt, in einfacher Form über den Änderungsantrag auf der Drucksache 17/4383 abstimmen und dass anschließend über die weiteren Änderungsanträge unter Zugrundelegung des Votums des federführenden Ausschusses insgesamt abgestimmt werden kann? Besteht damit Einverständnis? – Das ist der Fall. Dann lasse ich so abstimmen.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem FREIEN WÄHLER-Änderungsantrag auf der Drucksache 17/4383 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – CSU. Stimmenthaltungen? – SPD und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Wer hinsichtlich der übrigen Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/4258 und 17/4384 und 17/4385 mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem Abstimmungsverhalten seiner Fraktion im jeweils federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. Stimmenthaltungen? – Keine. Dann ist das einstimmig so beschlossen. Damit übernimmt der Landtag diese Voten, das heißt, die Änderungsanträge sind abgelehnt.

Den Gesetzentwurf empfiehlt der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Annahme mit der Maßgabe von Änderungen. Im Einzelnen verweise ich auf die Drucksache 17/4667. Wer dem Gesetzentwurf mit diesen Änderungen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die CSU-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – SPD, FREIE WÄHLER, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Keine. Dann ist das so beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, führen wir gemäß § 56 der Geschäftsordnung sofort die Schlussabstimmung durch. Ich schlage vor, sie in einfacher Form durchzuführen. – Widerspruch erhebt sich nicht. Wer dem Gesetzentwurf in der Fassung des federführenden Ausschusses seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Danke schön. CSU-Fraktion. Gegenstimmen bitte. – SPD, FREIE WÄHLER, Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist das Gesetz angenommen. Es hat den Titel: "Gesetz zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2015)".

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, jetzt bitte ich weiter um Aufmerksamkeit, damit man nach Möglichkeit nur einmal abstimmt.

(Allgemeine Heiterkeit)

Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 13. Das ist der Tagesordnungspunkt 23. Der Abstimmung zugrunde liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2015/2016, Einzelplan 13, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/4263 mit 17/4276, 17/4335 mit 17/4348 und 17/4369 mit 17/4377 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 17/4606.

Zunächst lasse ich, wie bereits zu Beginn der Beratung angekündigt, über den Änderungsantrag von Abgeordneten der SPD-Fraktion auf der Drucksache 17/4377 in namentlicher Form abstimmen. Für die Stimmabgabe sind die Urnen auf beiden Seiten des Sitzungssaals und auf dem Stenografentisch bereitgestellt. Besteht Einverständnis, dass ich drei Minuten sage? – Danke schön. Bitte, drei Minuten!

(Namentliche Abstimmung von 18.28 bis 18.31 Uhr)

Meine Damen und Herren, die Zeit ist um. Ich schließe die Abstimmung und bitte, die Stimmkarten draußen auszuzählen. Ich bitte wieder Platz zu nehmen, damit wir im Abstimmungsverfahren weitermachen können. - Meine Damen und Herren, ich kann erst abstimmen lassen, wenn alle ihren Platz wieder eingenommen haben.

Kolleginnen und Kollegen, wir führen zwischenzeitlich die beiden von der Fraktion der FREIEN WÄHLER beantragten Einzelabstimmungen in einfacher Form über die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/4338 und 17/4344 durch. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt die Änderungsanträge zur Ablehnung.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 17/4338 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen? – CSU und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Die SPD-Fraktion. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 17/4344 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die FREIEN WÄHLER und die SPD-Fraktion. Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – CSU. Stimmenthaltungen? – Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist dieser Änderungsantrag ebenfalls abgelehnt.

Ich unterbreche nun kurz, bis das Ergebnis der vorher durchgeführten namentlichen Abstimmung vorliegt. Ich bitte Sie, solange auf Ihren Plätzen zu bleiben.

(Unterbrechung von 18.33 bis 18.34 Uhr)

Meine Damen und Herren, ich gebe nun das Ergebnis der durchgeführten namentlichen Abstimmung bekannt. Es handelt sich um den Änderungsantrag der SPD betreffend "Härtefonds zur Sanierung kommunaler Bäder", Drucksache 17/4377. Mit Ja

haben 38 gestimmt, mit Nein 86, Stimmenthaltungen: 11. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 12)

Der Einzelplan 13 wird vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf Drucksache 17/4606 aufgeführten Änderungen zur Annahme empfohlen. Wer dem Einzelplan 13 entsprechend dieser Beschlussempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Fraktion der CSU. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – SPD-Fraktion, Fraktion der FREIEN WÄHLER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Einzelplan 13 mit den vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge – soweit über sie nicht einzeln abgestimmt worden ist – als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(Siehe Anlage 13)

Außerdem schlägt der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen in seiner Beschlussempfehlung noch verschiedene Ermächtigungen des Staatsministeriums der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat vor. Im Einzelnen verweise ich wiederum auf die Drucksache 17/4606. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Fraktion der CSU. Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist das so beschlossen.

Die Beratung des Einzelplanes 13 ist abgeschlossen.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über den Entwurf des Haushaltsgesetzes 2015/2016, Tagesordnungspunkt 24. Der Abstimmung liegen die Regierungsvorlage auf Drucksache 17/2871, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/3710,

17/4158, 17/4259 und 17/4378 mit 17/4382 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 17/4669 zugrunde.

Vorweg lasse ich über die vom federführenden Ausschuss zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/4259 und 17/4378 mit 17/4382 abstimmen.

Besteht damit Einverständnis, dass wir zunächst, wie von der Fraktion der FREIEN WÄHLER beantragt, in einfacher Form über den Änderungsantrag auf Drucksache 17/4381 abstimmen und dass anschließend über die weiteren Änderungsanträge unter Zugrundelegung des Votums des federführenden Ausschusses insgesamt abgestimmt werden kann? – Ich höre keinen Widerspruch. Ich lasse so abstimmen.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag auf Drucksache 17/4381 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Fraktionen der SPD und der FREIEN WÄHLER. Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Fraktion der CSU. Stimmenthaltungen? – Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Wer hinsichtlich der übrigen Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/4259, 17/4378 mit 17/4380 sowie 17/4382 mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem Abstimmungsverhalten seiner Fraktion im jeweils federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Die CSU-Fraktion. Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Die Fraktionen der SPD, FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten, und die Änderungsanträge sind abgelehnt.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, zum Gesetzentwurf empfiehlt der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen Zustimmung mit der Maßgabe verschiedener Änderungen. Ich verweise insoweit auf die Drucksache 17/4669.

Wer dem Gesetzentwurf in der Fassung des federführenden Ausschusses seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die CSU-Fraktion. Danke. Gegenstimmen? – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Dann ist das so beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, führen wir gemäß § 56 der Geschäftsordnung sofort die Schlussabstimmung durch. Ich schlage vor, sie in einfacher Form durchzuführen. – Widerspruch erhebt sich nicht.

Wer dem Gesetzentwurf in der Fassung des federführenden Ausschusses seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das ist die CSU-Fraktion. Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Danke. Stimmenthaltungen? – Keine. Dann ist das Gesetz angenommen. Es ist sozusagen ein Weihnachtsgeschenk der CSU-Fraktion, dass keine namentliche Abstimmung beantragt wurde.

(Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Kreuzer, wir danken dir! – Thomas Kreuzer (CSU): Der Zellmeier war's. Der hat die ganzen Namentlichen beantragt!)

Das Gesetz, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, ist somit angenommen. Es hat den Titel: "Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2015 und 2016 (Haushaltsgesetz 2015/2016)".

Mit der Annahme des Gesetzentwurfs in der soeben beschlossenen Fassung haben die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/3710 und 17/4158 ihre Erledigung gefunden. Das Hohe Haus nimmt davon Kenntnis.

(Beifall bei der CSU)

Ich sage herzlichen Dank an das Hohe Haus. Damit sind die Haushaltsberatungen abgeschlossen.

(Zuruf von der CSU: Bravo!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf ein ganz herzliches Dankeschön zum Ausdruck bringen, nachdem wir uns jetzt in einer guten Gemeinsamkeit noch einige Minuten aufhalten. Ich danke herzlich für die intensiven Beratungen in den vergangenen Wochen im Haushaltsausschuss und in den zurückliegenden Tagen hier im Plenum. Ich danke den Mitgliedern des Haushaltsausschusses, besonders dem Vorsitzenden Peter Winter und dem stellvertretenden Vorsitzenden Volkmar Halbleib. Vielen Dank, lieber Herr Vorsitzender Winter, vielen Dank, Herr Kollege Halbleib.

(Allgemeiner Beifall)

Ich danke auch den Berichterstatterinnen und Berichterstattern. Es war wirklich eine großartige Arbeit, die da geleistet worden ist. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf nur daran erinnern - diejenigen, die dem Hause länger angehören, wissen es -, dass es nicht unbedingt Tradition gewesen ist, dass der Haushalt noch beschlossen worden ist, bevor er im Grunde genommen in Kraft tritt. Dass wir zum Ende des Jahres den Haushalt 2015/2016 beschlossen haben, zeigt, dass dieses Hohe Haus diese besondere Herausforderung angenommen hat. Das ist keine Selbstverständlichkeit.

Ich danke allen Kolleginnen und Kollegen des Hohen Hauses für die intensive Arbeit, die hier im Bayerischen Landtag geleistet worden ist. Vielleicht können wir uns in Zukunft darauf verständigen, dass hier alle Kolleginnen und Kollegen ihr Bestes geben, einmal was die Arbeit hier im Hause betrifft, und zum anderen was die Arbeit in ihren Stimmkreisen und Wahlkreisen angeht. Alle nehmen ihre Verantwortung und ihre Aufgabe ernst. Ich danke allen dafür, vor allen Dingen auch unseren neuen Kolleginnen und Kollegen, die jetzt ein Jahr diesem Hohen Hause angehören. Wir meinen, sie würden schon sehr viel länger dazugehören. Vor allem euch auch vielen Dank.

(Beifall bei der CSU, der SPD und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir werden hier im Bayerischen Landtag von den Bürgerinnen und Bürgern wahrgenommen. Das darf ich an einigen Zahlen deutlich machen. Ich nenne nur die Zugriffszahlen auf die Internetseite des Landtags. Rund 4.400 Bürgerinnen und Bürger greifen täglich auf unsere Webseite zu. Das sind im Übrigen täglich 500 mehr als im Jahre 2009. Da soll uns noch jemand sagen, dass man kein Interesse hat und dass man nicht ernst nimmt, was im Bayerischen Landtag geleistet wird. Wenn ich alleine daran denke, wie hoch die Anzahl der Petitionen ist, wird das offenkundig. Wir haben im Jahr 2014 bereits 1.900 Petitionen, die im Landtag von Bürgerinnen und Bürgern eingegangen sind, die sich mit ihren Anliegen an uns gewandt haben. Ich will damit zum Ausdruck bringen, dass es an uns selbst liegt, was wir hier aus unserer Arbeit machen. Dieses Selbstbewusstsein sollten wir mit in das nächste Jahr nehmen.

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 11.12.2014 zu Tagesordnungspunkt 23: Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Dr. Paul Wengert, Günther Knoblauch u. a. SPD; Haushaltsplan 2015/2016; hier: Härtefonds zur Sanierung kommunaler Bäder (Kap. 13 10 neuer Tit.) (Drucksache 17/4377)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus				Gehring Thomas			X
Aigner Ilse		X		Gerlach Judith		X	
Aiwanger Hubert	X			Gibis Max		X	
Arnold Horst				Glauber Thorsten			
Aures Inge	X			Dr. Goppel Thomas		X	
				Gote Ulrike			X
Bachhuber Martin		X		Gottstein Eva			
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X			Güll Martin			
Bauer Volker		X		Güller Harald	X		
Baumgärtner Jürgen		X		Guttenberger Petra		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X					
Bause Margarete			X	Haderthauer Christine			
Beißwenger Eric		X		Häusler Johann	X		
Dr. Bernhard Otmar		X		Halbleib Volkmar	X		
Biedefeld Susann				Hanisch Joachim	X		
Blume Markus		X		Hartmann Ludwig			X
Bocklet Reinhold		X		Heckner Ingrid		X	
Brannekämper Robert		X		Heike Jürgen W.			
Brendel-Fischer Gudrun		X		Herold Hans		X	
Brückner Michael		X		Dr. Herrmann Florian		X	
von Brunn Florian	X			Herrmann Joachim			
Brunner Helmut				Dr. Herz Leopold			
				Hiersemann Alexandra			
Celina Kerstin				Hintersberger Johannes		X	
				Hofmann Michael		X	
Dettenhöfer Petra		X		Holetschek Klaus		X	
Dorow Alex		X		Dr. Hopp Gerhard		X	
Dünkel Norbert		X		Huber Erwin		X	
Dr. Dürr Sepp				Dr. Huber Marcel		X	
				Dr. Huber Martin		X	
Eck Gerhard		X		Huber Thomas		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X		Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Eisenreich Georg		X		Huml Melanie			
Fackler Wolfgang		X		Imhof Hermann		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X						
Fehlner Martina				Jörg Oliver		X	
Felbinger Günther							
Flierl Alexander		X		Kamm Christine			
Dr. Förster Linus				Kaniber Michaela		X	
Freller Karl		X		Karl Annette	X		
Füracker Albert		X		Kirchner Sandro		X	
				Knoblauch Günther	X		
Ganserer Markus			X	König Alexander		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X			Kohnen Natascha	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd			
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich			
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian			X
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter			
Mistol Jürgen			X
Müller Emilia		X	
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas			
Muthmann Alexander			
Neumeyer Martin			
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena			X
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard			
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph			
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris			
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard			
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz			
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina			X
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela			X
Sibler Bernd			
Dr. Söder Markus		X	
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia			X
Steinberger Rosi			
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold			
Ströbel Jürgen			
Dr. Strohmayr Simone			
Stümpfig Martin			
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina			
Untertländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl	X		
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika			
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna			
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta	X		
Wild Margit			
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	38	86	11

Mitteilung

zu den Tagesordnungspunkten 22 bis 24

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge

- I. zum Finanzausgleichsänderungsgesetz 2015
(Drs. 17/2870)
- II. zum Einzelplan 13 und
(17/4606)
- III. zum Haushaltsgesetz 2015/2016
(Drs. 17/2871)

I. Finanzausgleichsänderungsgesetz 2015 (Drs. 17/2870)

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Finanzausgleichsänderungsgesetz 2015
(Drs. 17/2870)
Drs. 17/4258
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Finanzausgleichsänderungsgesetz 2015
(Drs. 17/2870)
Drs. 17/4383
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Finanzausgleichsänderungsgesetz 2015
(Drs. 17/2870)
Drs. 17/4384
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Finanzausgleichsänderungsgesetz 2015
(Drs. 17/2870)
Drs. 17/4385

II. Einzelplan 13 (Drs. 17/4606)

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Kein Ausbau des Frankenschnellwegs in Nürnberg
(Kap. 13 03 Tit. 883 05)
Drs. 17/4263
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2015/2016;
hier: so genannte „Fraktionsreserve“ streichen
(Kap. 13 03 Tit. 893 06)
Drs. 17/4264
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Keine weiteren Zuschüsse an die Forschungsstiftung
(Kap. 13 03 Tit. 894 07)
Drs. 17/4265

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Flughafen München GmbH: Darlehen zurückfordern
(Kap. 13 06 Tit. 181 03)
Drs. 17/4266
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Kommunaler Finanzausgleich: Entnahme kommunale Sonderbaulast aus den Verbundmitteln unterbleibt
(Kap. 13 10 Tit. 883 01 und 883 03)
Drs. 17/4267
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Umschichtung der Entflechtungsmittel zugunsten des ÖPNV
(Kap. 13 10 Tit. 883 08 und Tit. 883 09)
Drs. 17/4268
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Energiewende auch im Wärmebereich: Unterstützung der Kommunen bei der energetischen Sanierung kommunaler Gebäude
(Kap. 13 10 neuer Tit.)
Drs. 17/4269
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Förderprogramm Energieagenturen
(Kap. 13 10 neuer Tit.)
Drs. 17/4270
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Kommunale/r Klimaschutzmanager/in
(Kap. 13 10 neuer Tit.)
Drs. 17/4271
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Förderprogramm barrierefreie Kommunen
(Kap. 13 10 neuer Tit.)
Drs. 17/4272
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Erhöhung der Schlüsselzuweisungen
(Kap. 13 10 Tit. 613 01)
Drs. 17/4273
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016,
hier: Krankenhausinvestitionskosten
(Kap. 13 10 Tit. 891 71 und 891 72)
Drs. 17/4274
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Kein Ausbau des Flughafens Memmingen
(Kap. 13 12 TG 97)
Drs. 17/4275
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Pensionsfonds aufstocken – versteckte Verschuldung abbauen
(Kap. 13 06 Tit. 325 51 und Kap. 13 20 Tit. 919 61)
Drs. 17/4276
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Gesundheitsmanagement
(Kap. 13 03 neuer Tit.)
Drs. 17/4335

16. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Verbessertes Bayerisches Modernisierungsprogramm finanziell ermöglichen
(Kap. 13 03 neuer Tit.)
Drs. 17/4336
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Bauunterhalt
(Kap. 13 03 neuer Tit.)
Drs. 17/4337
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Schlüsselzuweisungen
(Kap. 13 10 Tit. 613 01)
Drs. 17/4338
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Finanzzuweisungen nach Art. 7 FAG
(Kap. 13 10 Tit. 613 04)
Drs. 17/4339
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Schülerbeförderung
(Kap. 13 10 Tit. 633 01)
Drs. 17/4340
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Überlassung von Mitteln aus dem Kraftfahrzeugsteuerersatzverbund für den kommunalen Straßenbau
(Kap. 13 10 Tit. 883 03)
Drs. 17/4341
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Kommunaler Schulbau
(Kap. 13 10 Tit. 883 11)
Drs. 17/4342
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Förderprogramm für die energetische Sanierung kommunaler Gebäude
(Kap. 13 10 neuer Tit.)
Drs. 17/4343
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Sanierung von Wasserversorgungs- und Abwasseranlagen
(Kap. 13 10 neuer Tit.)
Drs. 17/4344
25. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Investitionskosten kommunale Krankenhäuser
(Kap. 13 10 TG 71 und TG 72)
Drs. 17/4345
26. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Leistungen nach dem ÖPNV-Gesetz
(Kap. 13 10 TG 81)
Drs. 17/4346
27. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Sonderinvestitionsprogramm für den Erhalt und gegebenenfalls Neubau kommunaler Schulschwimmbäder
(Kap. 13 10 neuer Tit.)
Drs. 17/4347

28. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Pensionsfonds
(Kap. 80 46 Tit. 359 01)
Drs. 17/4348
29. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Stefan Schuster, Harald Güller u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Steuerermehreinnahmen im Staatshaushalt durch bessere Personalausstattung in der Steuerverwaltung
(Kap. 13 01)
Drs. 17/4369
30. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Harald Güller, Reinhold Strobl u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Streichung der Mittel
(Kap. 13 03 Tit. 893 06)
Drs. 17/4370
31. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Harald Güller, Reinhold Strobl u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Rückforderung von Flughafendarlehen
(Kap. 13 06 neuer Tit.)
Drs. 17/4371
32. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Dr. Paul Wengert, Günther Knoblauch u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Entschuldungsfonds für Kommunen zusätzlich zu den Bedarfszuweisungen/Konsolidierungshilfen
(Kap. 13 10 Tit. 613 31)
Drs. 17/4372
33. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Bernhard Roos, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Schülerbeförderung zukunftsfähig machen
(Kap. 13 10 Tit. 633 01)
Drs. 17/4373
34. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Sonstige Leistungen nach dem Krankenhausgesetz
(Kap. 13 10 TG 72)
Drs. 17/4374
35. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Bernhard Roos, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: ÖPNV interkommunal und intermodal optimieren
(Kap. 13 10 TG 81)
Drs. 17/4375
36. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Energieeffizienz im Wärmebereich – Energetische Sanierung kommunaler Gebäude
(Kap. 13 10 neuer Tit.)
Drs. 17/4376
37. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Dr. Paul Wengert, Günther Knoblauch u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Härtefonds zur Sanierung kommunaler Bäder
(Kap. 13 10 neuer Tit.)
Drs. 17/4377
- III. Haushaltsgesetz 2015/2016
(Drs. 17/2871)**
1. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2015/2016
(Drs. 17/2871)
Drs. 17/4259
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Stefan Schuster, Horst Arnold u.a. SPD zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2015/2016
(Drs. 17/2871)
Drs. 17/4378

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2015/2016 (Drs. 17/2871)
hier: Wegfall des Stelleneinzugs nach Art. 6b HG
Drs. 17/4379
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2015/2016 (Drs. 17/2871)
hier: Haushaltspolitik stärker auf Regionen ausrichten
Drs. 17/4380
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2015/2016 (Drs. 17/2871)
hier: Übernahme rechtskräftig festgestellter Schmerzensgeldansprüche
Drs. 17/4381
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2015/2016 (Drs. 17/2871)
hier: Änderung des Bayerischen Reisekostengesetzes
Drs. 17/4382